

LINKSEXTREMISMUS
IN DEUTSCHLAND:
ERSCHEINUNGSBILD UND
WIRKUNG AUF JUGENDLICHE

AUSWERTUNG EINER QUALITATIVEN
EXPLORATIVEN STUDIE

VIOLA NEU



Gefördert vom
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-942775-62-5

INHALT

5 | VORWORT

7 | 1. EINLEITUNG

14 | 2. DAS FORSCHUNGSDESIGN

20 | 3. AUSWERTUNG DER INTERVIEWS

3.1. Die persönliche Lebenssituation und private Ziele.....	20
3.2. Das Bild einer idealen Gesellschaft, Akzeptanz der Demokratie.....	22
3.3. Die Bedeutung von Ideologien.....	25
3.4. Einstellungen zum Kapitalismus.....	26
3.5. Einstellungen zum Sozialismus und der DDR.....	27
3.6. Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit.....	30
3.7. Die Bedeutung des Kampfes gegen Rechts- extremismus.....	34
3.7.1. Haltungen zur Antifa.....	36
3.8. Gentrifizierung.....	37
3.9. Verschwörungstheorien.....	38
3.10. Einzelne inhaltliche Aspekte.....	39

41 | 4. POLITISCHE PARTIZIPATION

4.1. Legale Politische Aktivitäten.....	41
4.2. Politisch motivierte Gewaltbereitschaft.....	43

47 | 5. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE PRÄVENTIONS-
ARBEIT

54 | DIE AUTORIN

54 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

Zu den Aufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich dem antitotalitären Grundkonsens verpflichtet fühlt, gehören Aufklärung und Prävention. Dies gilt insbesondere im Bereich des politischen Extremismus. Seit Jahrzehnten ist die Analyse des Extremismus fester Bestandteil der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das gilt für den Rechtsextremismus, den Linksextremismus und den Islamismus. Hierzu zählen Studien zu Parteien und Organisationen, Wählern und Einstellungen in der Bevölkerung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung folgt bei der empirischen Analyse dem theoretischen Ansatz, dass dem Extremismus gemeinsame Dimensionen zu Grunde liegen, die jeweils eine spezifische ideologische Ausprägung einnehmen können. Zu diesen allen Extremismen prägenden Dimensionen zählen z. B. Fanatismus und Dogmatismus, Antipluralismus und Absolutheitsansprüche (Wahrheitsmonopole), Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien.

In den vergangenen Jahren hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Reihe von Studien und Publikationen zum Rechtsextremismus vorgelegt. Dank der Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, konnten nun zwei Forschungsfelder näher betrachtet werden, bei denen ebenfalls nach wie vor große Desiderata vorliegen: der Linksextremismus und der Islamismus.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit den Studien Neuland betreten. Beide Projekte folgten einem ähnlichen Forschungsdesign. Mit qualitativen explorativen Interviews sollte zunächst erforscht werden, welche Einstellungsstrukturen bei Jugendlichen vorhanden sind, an die wiederum Extremisten anknüpfen können, um diese zu instrumentalisieren und am Ende sogar zu mobilisieren. Die Untersuchungen sind so konzipiert, dass auf ihnen eine repräsentative Umfrage aufbauen soll, mit welcher die Verbreitung

extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung untersucht werden kann.

Die Ergebnisse der Studie über die linksextremistischen Einstellungsstrukturen sollen in die politische Bildungsarbeit einfließen. In der Studie wurde untersucht, inwieweit bei den Gesprächsteilnehmern eine Ablehnung der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates zu finden ist. Es ging darum, Verdichtungen und Brüche in der Einstellungsstruktur sichtbar zu machen.

Berlin, im Januar 2012

Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

1. EINLEITUNG

Während niemand daran zweifelt, dass Rechtsextremismus existiert und ein ernstes Problem darstellt, gibt es Wissenschaftler, die den Begriff Extremismus und insbesondere den Begriff Linksextremismus aus der wissenschaftlichen Beschäftigung verbannt sehen möchten. So schrieb Gero Neugebauer jüngst: „Die Wissenschaft folgt auch nicht der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Zum einen, weil keine Identitäten behauptet werden sollen und zum anderen, weil Rechtsextremismus ein eigener und Linksextremismus kein eigener Forschungsgegenstand ist“.¹ Richtig ist, dass eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus wie auch anderer Extremismen nicht erfolgt. Dem anderen Teil der These kann aus guten Gründen widersprochen werden. Einerseits ist der Widerspruch grundsätzlicher Natur: Was ein Forschungsgegenstand ist, gehört zum wissenschaftlichen Selbstverständnis und ist somit Teil der Forschungsfreiheit. Ausgrenzung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Fragestellungen aus Diskursen ist nicht hilfreich. Andererseits ist nicht ersichtlich, warum Linksextremismus kein eigener Forschungsgegenstand sei. Ungeachtet einer Vielzahl von Monographien gibt es eine Reihe von Jahrbüchern, die sich kontinuierlich mit dem Themenfeld Linksextremismus befassen. Allein die Jahrbücher *Extremismus & Demokratie*² (seit 1989), die von Hermann Weber begründeten *Jahrbücher für historische Kommunismusforschung*³ (seit 1993), das *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*⁴ (seit 2008) oder das *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit*⁵ (seit 2002/2003) analysieren kontinuierlich

linksextremistische Phänomene. Dass zudem eine Reihe von Organisationen im linksextremen Kontext beheimatet sind und Straftaten mit linksextremem Hintergrund verübt werden, dokumentieren jährlich die Berichte der Landesämter für Verfassungsschutz sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Darüber hinaus soll auf die Kritik von Linksintellektuellen am linken Extremismus zumindest hingewiesen werden.⁶ Die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechensgeschichte wurde im Übrigen von nicht wenigen Wissenschaftlern geleistet, die der politischen Linken entstammen.⁷ Ferner ist auf Fülle und Breite der wissenschaftlichen „Renegaten“-Literatur zu verweisen.⁸

Erkennt man an, dass zwischen demokratischem Verfassungsstaat und politischem Extremismus ein Widerspruch besteht, bedeutet dies keineswegs, Kritik an Demokratie und Verfassungsstaat sowie Reformalternativen aus der Diskussion auszugrenzen. Es ist unbestritten, dass Demokratien Stärken und Schwächen haben und dass demokratischer Wandel nicht mit dem Extremismusstigma zu belegen ist. Parteien oder Individuen, die zu Verbalradikalismus neigen, Systemveränderungen oder Reformen fordern, müssen nicht extremistisch sein. Umgekehrt bietet das Bekenntnis zum Grundgesetz keine Gewähr für die tatsächliche Befürwortung von Demokratie.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus ist im Unterschied zum Rechtsextremismus weniger stark ausgeprägt. Dies gilt insbesondere für die empirische Erforschung des Linksextremismus. Die vorhandenen Studien bedienen sich quantitativer Methoden.⁹ Qualitative Sozialforschung im Bereich Linksextremismus beschreitet Neuland.

Die Erforschung des Rechts- sowie Linksextremismus sowie anderer Extremismen (wie religiösem Fundamentalismus) bedarf einer Definition, was darunter zu verstehen ist. In dieser Studie wird nicht das normative Verständnis von Extremismus zugrunde gelegt. In deren Definition wird politischer Extremismus als Sammelbezeichnung für „unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, dass das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, dass der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, dass

jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv‘ gilt (Anarchismus), verstanden.¹⁰ In den Berichten der Verfassungsschutzbehörden wird Linksextremismus wie folgt definiert: „Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus und streben anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine ‚herrschaftsfreie‘ anarchistische Gesellschaft an. Hierzu bringen sie sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Die Aktionsformen reichen von offener Agitation bis hin zu verdeckt begangenen, teilweise auch schweren Gewalttaten, wobei einzelne autonome Zusammenhänge auch die Verletzung von Personen in Kauf nehmen.“¹¹

Häufig wird auch auf die Definition des Bundesverfassungsgerichts zurückgegriffen. Die konkrete Ausgestaltung von Kriterien der Verfassungswidrigkeit findet man in zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der SRP und der KPD. Das Gericht entschied über die Verfassungswidrigkeit von Parteien (Artikel 21 Absatz 2 GG). Im Urteil über die Verfassungswidrigkeit der SRP hat das Bundesverfassungsgericht einen Katalog umrissen, was zum unverzichtbaren Wesensgehalt des Grundgesetzes gehört:¹² Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist „[...] eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung von Opposition“. Im KPD-Verbotsurteil¹³ hat das Gericht konkretisiert, dass die Nichtanerkennung der obersten Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht ausreicht, um eine Organisation als verfassungswidrig zu bewerten. Es müsse „vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen“.

Dies sind normative Definitionen, die sich nur schwer in ein sozialwissenschaftliches Forschungsdesign umsetzen lassen. Daher wird auf eine Definition von Backes zurückgegriffen. Backes¹⁴ entgeht dem Dilemma der verfassungsrechtlichen Verengung des Extremismusbegriffes durch eine politikwissenschaftliche *definitio ex positivo*. Extremistische Doktrinen werden auf Basis ihrer strukturellen Gemeinsamkeiten untersucht. Zu den strukturellen Gemeinsamkeiten aller Extremismen gehört der Anspruch auf „den Besitz eines ‚Wahrheits‘-Codes, mit dem sie die Welt rätsel (vermeintlich) dechiffrieren können. Diese ‚Wahrheiten‘ gelten als mit den Gesetzen des Seins im Einklang stehend, erfordern jedoch eine ‚höhere Einsicht‘, die sich nicht jedermann in gleicher Weise offenbart. Die auf Absolutheitsansprüchen gegründeten extremistischen Doktrinen entziehen sich auf dieser Weise einer Verifikation. Gleichzeitig programmiert die Fixierung auf bestimmte Dogmen eine Emanzipation des Weltbildes von der Wirklichkeit. Das Versagen der Prophetien wird typischerweise mit den verschwörerischen Aktivitäten feindlich gesinnter Mächte erklärt und gerechtfertigt. Wer an absoluten, evidenten, unantastbaren ‚Wahrheiten‘ festhält, kann Toleranz gegenüber Andersdenkenden nicht aufbringen. Absolutheitsansprüche führen damit zur Ausprägung einer perspektivisch verengten Weltsicht, die nur mehr zwischen Freund und Feind, absolut Gutem und absolut Bösem zu unterscheiden weiß“.¹⁵ Oder wie es Karl Dietrich Bracher formulierte: „Alle Ideen und Bewegungen mit absoluter, unilateraler Zielsetzung sind auch heute potentiell totalitär, sofern ihnen der Zweck die Mittel heiligt und sie den Glauben verbreiten, dass es einen Schlüssel zur Lösung aller Probleme hier auf Erden gäbe.“¹⁶

Der axiomatische Charakter erschwert die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Der vermeintliche Besitz einer absoluten Wahrheit richtet sich gegen jeden Pluralismus. Hinzu kommen Elemente von Freund-Feind-Bildern und Verschwörungstheorien. Fanatismus und Aktivismus der Anhänger gehören zum „missionarischen“ Eifer.¹⁷ Je nachdem, ob man die kommunistisch/sozialistisch geprägten Theorien des Marxismus, Leninismus, Stalinismus, Trotzismus, Maoismus, Anarchismus oder andere Abspaltungen untersucht, können die Ideologieelemente der unterschiedlichen Strömungen erheblich variieren. Gemeinsamer Bestandteil linksextremistischer Ideologien ist das Ziel einer homogenisierten und nicht einer pluralistischen Gesellschaft. Die erzwungene Unterordnung des Individuums unter die Interessen eines Kollektivs (z. B. der sozialistischen Gemeinschaft) widerspricht fundamentalen Menschenrechten.

Linksextremistisch inspirierte Ideologien verheißen das utopische Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der das Individuum von all seinen (ökonomischen und sozialen) Zwängen befreit sein wird. In kommunistischen/sozialistischen Ideologien spielt die radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse als eines der Hauptinstrumente der sozialen Nivellierung bei gleichzeitiger Herausbildung neuer Eliten und der Umgestaltung der Machtverhältnisse eine zentrale Rolle. Linksextremistische Ideologien haben chiliastisch-utopistische Züge. Als säkularisierte Heilslehren verheißen sie die Schaffung einer idealen Welt, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen und alle „antagonistischen“ Widersprüche beseitigt sind. Sie können als politische Religionen¹⁸ verstanden werden. Daneben besteht bei links- wie rechtsextremistischen Strömungen ein ausgeprägter Hang zu internen und externen Freund-Feind-Stereotypen. Beide richten sich intern gegen „Abweichler“ von der „richtigen“ Linie (Sektierertum). Intern sollen dadurch innere Geschlossenheit und Gehorsam hergestellt werden, die für die zentralistischen Führungsstrukturen notwendig sind. Bei Linksextremisten wird das Feindbild von sozialstrukturell definierten Gruppen bestimmt (Bourgeoisie/Großgrundbesitz/Kapitalisten). Eng mit den Freund-Feind-Stereotypen verbunden ist die Neigung beider Richtungen, Verschwörungstheorien anzuhängen, wonach es ein „eigentliches“ Machtzentrum gibt, welches das Weltgeschehen bestimmt. Teilweise wird auch vermutet, dass hinter den Entscheidungsträgern geheime, diffuse Kräfte tätig seien, wie das Großkapital, der Imperialismus oder die jüdische Weltverschwörung.

In diesem Untersuchungsdesign wird Extremismus, unabhängig von seinen je nach ideologischem Kontext variierenden Inhalten, als Sammelbezeichnung verwendet, die über die verfassungsrechtlichen Kriterien hinausgeht. Zu den allgemeingültigen Komponenten sind demnach die Bestrebungen und Auffassungen zu zählen, die auf eine Ablehnung der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates hinauslaufen. Zusammengefasst sind Fanatismus, Dogmatismus, Antipluralismus, Absolutheitsansprüche (Wahrheitsmonopole), Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien die strukturellen Gemeinsamkeiten der Extremisten.

- 1| Gero Neugebauer, 2010, *Zur Strukturierung der politischen Realität*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44/2010, S. 6; Vgl. auch zur Auseinandersetzung um den Extremismusbegriff: Viola Neu, 2003, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden, S. 151 ff.
- 2| Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 1989-1994: Bonn; 1995-2011: Baden-Baden*.
- 3| Vgl. Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Ehrhart Neubert, Peter Steinbach, Stefan Troebst, Manfred Wilke (Hrsg.), 2011, *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Berlin.
- 4| Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), 2008-2010, *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Brühl.
- 5| Martin H. W. Möllers, Robert Chr. Von Ooyen (Hrsg.), 2002/2003-2010/2011, *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit*, Frankfurt.
- 6| Mike Schmeitzner, 2007, *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen.
- 7| Stephane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panne (Hrsg.), 1989, *Das Schwarzbuch des Kommunismus: Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München.
- 8| Francois Furet, 1996, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München; Gerd Koenen, 2001, *Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine Kulturrevolution 1967-77*, Köln; Gerd Koenen, 1998, *Utopie der Säuberung: Was war der Kommunismus?*, Berlin.
- 9| Hans Dieter Klingemann, Franz Urban Pappi, 1972, *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung. Dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*, München; Elisabeth Noelle-Neumann, Erp Ring, 1984, *Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984*, Bonn; Infratest, 1980, *Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus*, Stuttgart/Berlin/Köln/ Mainz; Viola Neu, 2003, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*. Baden-Baden; Viola Neu, 2009, *Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. Wahlverhalten und Einstellungen*, Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), *Zukunftsforum Politik*, Nr. 98, Sankt Augustin; Kai Arzheimer, Markus Klein, 1997, *Die Wähler der REP und der PDS in West- und Ostdeutschland. Ein empirischer Vergleich*, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden, S 39-63; Rudolf Günter Deinert, 1997, *Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl*, Sankt Augustin; Rudolf Günter Deinert, 1998, *Die PDS, die rechten Parteien und das Alibi der „Politikverdrossenheit“*. Die Beweggründe westdeutscher Rechts- und Ostdeutscher PDS-Wähler auf dem empirischen Prüfstand, in: *ZParl*, H. 3, S. 422-440; Jürgen Falter, 2000, *Politischer Extremismus*, in: Jürgen Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen, S. 403-433.
- 10| Uwe Backes, Eckhard Jesse, 1996, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. völlig überarb. und aktual. Ausg., Bonn, S. 45.
- 11| *Verfassungsschutzbericht*, 2009, http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2009/, S. 126, vom 1. April 2011.
- 12| *BVerfGE* 2, S. 12 f.
- 13| *BVerfGE* 5, S. 85.

- 14| Vgl. Uwe Backes, 1989, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen, S. 328.
- 15| Vgl. Uwe Backes, 1989, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen, S. 328. Zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn auch mit anderen Begrifflichkeiten kommt auch Armin Pfahl-Traughber, 2010, *Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine*, in: *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl.
- 16| Karl Dietrich Bracher, 1995, *Totalitarismus als Begriff und Realität*, in: Karl Dietrich Bracher, *Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987-1992*, München, S. 181.
- 17| Neumann hat 1932 mit dem von ihm eingeführten Typus der „absolutistischen Integrationspartei“ für das Parteiensystem der Weimarer Republik eine ähnliche Klassifikation für die Parteien des „Faschismus, Bolschewismus, Nationalsozialismus“ getroffen, wie sie sich in der Definition von Backes wiederfindet. Auch er betont die Gegnerschaft der Parteien zu Demokratie, Liberalismus und Parlamentarismus. Vgl. Siegmund Neumann, 1977, *Die Parteien der Weimarer Republik*, 4. Aufl., Stuttgart (Original: *Die politischen Parteien in Deutschland*, Berlin 1932), S. 107 ff.
- 18| *Totalitarismus bezieht sich auf Herrschaftsstrukturen; politische Religionen auf Denkweisen und politische Ziele*.

2. DAS FORSCHUNGSDESIGN

In dieser Studie soll ein erster Beitrag zur Klärung der Frage geleistet werden, welche Einstellungsmuster bei Linksextremismus affinen Personen vorhanden sind und an welche inhaltlichen Voraussetzungen Präventionsarbeit anknüpfen kann. Die Studie ist als Pretest konzipiert, auf dem eine repräsentative Umfrage aufbauen soll. Da dieses Forschungsfeld weitgehend unerkundet ist und man nicht direkt an bereits vorhandene sozialwissenschaftliche Forschung anknüpfen kann, haben wir uns für ein klassisches zweistufiges Design entschieden. Danach ist die qualitative explorative Forschung der repräsentativen vorgelagert. Die Studie ist breit angelegt und konzentriert sich nicht ausschließlich auf linksextremistische Einstellungen. Vielmehr geht es um das Verständnis von Lebenswelten und Einstellungsmustern, die von Linksextremisten unter Umständen mobilisiert werden können. Der größte Teil der Studie ist daher nicht im Sinne von Extremismus zu interpretieren. Kritik an Politikfeldern oder das Benennen von politischen, sozialen und gesellschaftlichen Problemen richten sich nicht gegen die Demokratie. Es geht eher um die Umkehrung der Frage: Auf welchen Einstellungsmustern könnten Linksextremisten ihre Strategie aufbauen?

Diese Studie konzentriert sich auf die Frage der Präventionsmöglichkeiten in dem für Linksextremismus affinen, jugendlichen Milieu. Personen, die bereits als Aktivisten mit geschlossenem Weltbild einzustufen sind, gehören nicht zur Zielgruppe, da davon auszugehen ist, dass diese z. B. mit

Maßnahmen der politischen Bildung nicht zu erreichen sind. Man kann die Zielgruppe als erweitertes Sympathisantenumfeld für linksextremes Gedankengut oder linksextreme Organisationen begreifen. In den Screenings¹ wurde nach dem politischen und gesellschaftlichen Interesse gefragt. Nach politischer Partizipation wurde nicht explizit gefragt, um eine Normalverteilung zu erreichen und nicht nur Personen zu rekrutieren, die bereits engagiert sind.

Nach der sogenannten „Zwiebeltheorie“² organisieren sich extremistische Szenen in konzentrischen Kreisen, deren Extremismusgehalt wie Aktionsbereitschaft von innen (dem „harten Kern“) zu den äußeren Kreisen hin abnimmt. Dieses von Rucht 1994 entwickelte Modell bezieht sich zwar auf rechtsextreme Bewegungen, ist aber auch auf andere extremistische Bewegungen übertragbar. Rucht³ bezeichnet die Kerngruppen als Bewegungseliten. Diese sind umgeben von den „Basisaktivisten“, die „einen wesentlichen Teil ihrer Zeit und Energie unbezahlt in den Dienst der Bewegung stellen, ohne jedoch Kraft ihres Engagements einen Einfluss auf die gesamte Bewegung nehmen zu können“.⁴ Danach folgen die Unterstützer. Diese „lassen sich nur fallweise und stark situationsabhängig mobilisieren, bringen gelegentlich Zeit, Geld oder auch symbolische Ressourcen auf“. Anders als Personen in den beiden innersten Kreisen sind sie kaum für *high-risk*- bzw. Daueraktivitäten zu gewinnen. Sie sind „im Falle von Massenmobilisierungen quantitativ ausschlaggebend, jedoch schwer einzukalkulieren, da sie erst aufgrund besonderer Anstrengungen bzw. außergewöhnlicher Kontextbedingungen für Protestaktionen zu gewinnen sind“.⁵ Als letzten Ring beschreibt Rucht die Sympathisanten. „Sie befürworten die Bewegung, leisten jedoch keinen oder nur einen minimalen Beitrag. Ihre Unterstützung ist ideeller Natur, schließt jedoch u. U. auch ein aktive Parteinahme ein [...]“.⁶ Der von uns verwendete Screener zielte auf Sympathisanten und Unterstützer, also auf die zwei äußeren Ringe. Für die Prävention ist zudem das Bewegungskonzept sinnvoller als das Organisationskonzept. Bewegungen beruhen „typischerweise auf eher losen, informellen Strukturen ohne ein hegemoniales Zentrum [...]“ und das „Aktionsrepertoire einer sozialen Bewegung ist das Spektrum der von ihr praktizierten und meist aus einem gewissen Erfahrungsschatz gespeisten Handlungs- und insbesondere Protestformen“.⁷ Ziel dieser Studie ist es jedoch nicht, den Nachweis zu führen, dass es sich hierbei um eine Bewegungsform des Linksextremismus handelt. Hierzu wäre ein völlig anderes Forschungsdesign notwendig.

Mit qualitativen Methoden kann ein exploratives Forschungsdesign verfolgt werden. In dieser Studie geht es nicht um Messung von Extremismus und die Verbreitung extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Es geht um die Frage, welche linksextremen Einstellungsstrukturen vorhanden sind, unabhängig davon, ob sie gesellschaftlich relevant sind. Die Intensität und Verbreitung dieser Einstellungsmuster müssten gesondert in einer repräsentativen Umfrage untersucht werden.

Wir möchten messen, welche linksextremistischen Einstellungsmuster vorhanden sind und wie sich diese dann strukturieren lassen. Indem wir die strukturellen Gemeinsamkeiten überprüfen, kann ohne eine vorgefertigte inhaltliche Linksextremismus-Definition gearbeitet werden. Bei dieser hätten konkrete ideologische Muster oder politische Forderungen abgefragt werden müssen.

In unserem Leitfragebogen war es das Ziel, zwar strukturell Ebenen der Extremismusdefinition (Fanatismus, Dogmatismus, Antipluralismus, Absolutheitsansprüche, Freund-Feind-Stereotype) zu operationalisieren, sie aber nicht bereits mit Inhalten zu versehen. Wir haben keine inhaltliche Definition von Linksextremismus überprüft, sondern lediglich die strukturelle. Daher haben wir hier zwei Assoziationstests durchgeführt. In einem Test wurden die Assoziationen zu insgesamt 64 Begriffen erhoben. Dabei musste jeder Gesprächspartner 32 und nicht alle 64 Begriffe bewerten (sogenannter „Split Half“). Zunächst wurden die Begriffe nach individueller Wichtigkeit von den Teilnehmern sortiert. Anschließend sollten sie erläutern, was die wichtigsten Begriffe für sie bedeuten. Gleichzeitig konnten sie auch eine kurze Geschichte dazu erzählen. In einem zweiten Test wurden jedem Teilnehmer bis zu zehn Bilder vorgelegt (je nach Zeitbudget; Split Half von insgesamt 20 Bildern). Hier sollten fünf Bilder ausgewählt und beschrieben werden.⁸

Alle Fragen wurden offen und neutral formuliert, ohne dass eine konkrete Hypothese zugrunde gelegt wurde. Wir haben die Teilnehmer frei und spontan antworten lassen. Das Ziel war es, den Gesprächspartnern die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Teilnehmer wurden nicht mit Argumentationsketten (Pro und Contra) konfrontiert. Mit dieser Methode sollen Assoziationen freigesetzt werden. Von den Interviewern sollten zudem keine Effekte auf das Interview ausgehen, damit alle Interviews vergleichbar sind. Dies entspricht der Anordnung eines sozialwissenschaftlichen Experiments. So haben wir im

Interview nicht danach gefragt, ob die Teilnehmer die Demokratie ablehnen. Sie wurden nicht durch Fragen um eine Stellungnahme gebeten, wie es in der quantitativen Sozialforschung gebräuchlich⁹ ist (z. B. Ablehnung und Zustimmung zu einer vorgefertigten Aussage/Item). So wurde zum Beispiel gefragt: „Wie würden Sie die Demokratie in Deutschland beschreiben?“, „Wie sieht die ideale Gesellschaft aus, in der man leben möchte?“, „Wie würden Sie diese beschreiben?“, „Woran lässt sich die ideale Gesellschaft im Einzelnen festmachen?“

Eine qualitative Studie mit 35 Interviews kann selbstverständlich nur einen kleinen Einblick geben. Es ist immer zu berücksichtigen, dass die Interviews nicht repräsentativ sind. Daher erfolgt auch keine statistische Auswertung der Interviews, zumal diese in der qualitativen Forschung irrelevant ist. Im Fokus steht der Befragte als Individuum und nicht die quantitative Verbreitung einer Meinung in der Bevölkerung. Bei den Interviews zeigen sich auch Verdichtungen von Meinungsbildern, die als solche eingehend beschrieben werden. Wir haben uns für dieses Vorgehen entschieden, da qualitative Studien dort vorzuziehen sind, wo „noch wenig erforscht“ ist und bei „komplizierten Problemmaterien und Wirkungszusammenhängen, die eine differenzierte Rekonstruktion erforderlich machen“.¹⁰ Die Methode der leitfadengestützten Einzelinterviews dient der besseren Vergleichbarkeit der Aussagen.

Die Rekrutierung der Teilnehmer gestaltete sich schwierig. Vermutlich ist dies zurückzuführen auf eine größere Distanz, Misstrauen und Zurückhaltung in linken Milieus gegenüber allem, was den Bereichen Staat und Wirtschaft zugeordnet wird. Bei manchem ist auch in der Interviewsituation ein tieferes Misstrauen sichtbar. Dies führte gelegentlich dazu, dass über einzelne Inhalte nicht gesprochen wurde oder Teilnehmer die Videoaufzeichnung verweigerten. Insgesamt geben die durchgeführten Interviews jedoch keinen Anlass, an den Aussagen zu zweifeln. Auch bei den eher misstrauischen Teilnehmern entfaltete sich nach kurzer Zeit eine offene Gesprächsatmosphäre. Dieser Effekt ist auf die Befragungsmethode zurückzuführen, bei der sich im Zeitverlauf fast immer ein vertrauensvolles Verhältnis entwickelt. Bei den Teilnehmern, die sich nach dem Auftraggeber erkundigten, wurde am Ende des Interviews die Konrad-Adenauer-Stiftung genannt, was zu keinen negativen Reaktionen führte.

Insgesamt führte GMS (Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung) vom 7. Dezember 2010 bis zum 12. Januar 2011 35 Interviews durch. Die Gespräche fanden in Berlin, Köln, Hamburg, Rostock, Nürnberg und Dresden statt und dauerten jeweils etwa 1,5 Stunden. Die Rekrutierung erfolgte auf Basis eines Screening-Fragebogens.¹¹ Die Teilnehmer mussten politisch interessiert sein und vier Items beantworten,¹² die den Themenbereichen Anti-Kapitalismus, staatliche Repression und Anti-Rechtsextremismus zugeordnet sind. Die Rekrutierung erfolgte darüber hinaus nach Quoten, in denen Ergebnisse einer Studie der Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz in Berlin¹³, berücksichtigt wurden. 25 der Teilnehmer sind männlich, 10 weiblich. Personen mit einem niedrigeren formalen Bildungsniveau ließen sich nur schwer rekrutieren, daher verfügen 23 Teilnehmer über ein hohes Bildungsniveau (Abitur und/oder Studium). Es wurden Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahre befragt.

- 1| *Unter Screening versteht man die Interviews, die mit potentiellen Gesprächspartnern geführt werden. Sie dienen zur Auswahl der Zielgruppe. Die jeweiligen Institute suchen nach dem Zufallsprinzip Personen aus. Zu den Interviews werden dann nur diejenigen eingeladen, die im Sinne des Screening-Fragebogens als Zielgruppe definiert sind. Die Teilnahme an den Interviews ist anonym.*
- 2| *Vgl. Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York; Wolfgang Gessenharter, 1998, Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsradikalismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling, (Hrsg.), Rechtsradikalismus und neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, S. 25-66; Thomas Grumke, Andreas Klärner, 2006, Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin, Erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/do/04233.pdf>, vom 07.12.2011.*
- 3| *Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York, S. 85 ff.*
- 4| *Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York, S. 86.*
- 5| *Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York, S. 86.*
- 6| *Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York, S. 86.*
- 7| *Dieter Rucht, 1994, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main, New York, S. 87 ff.*

- 8| *1. Wenn Sie die Szene einmal mit eigenen Worten beschreiben: Was passiert gerade, was sind die Hintergründe?
2. Weshalb passiert das, was Sie auf dem Bild sehen? Welchen Anlass kann es dafür gegeben haben? Warum?
3. Je nach Bildvorlage:
Variante 1: Ist Widerstand bei dem, was hier auf dem Bild zu sehen ist, gerechtfertigt? Welche Art des Widerstands? Und warum?
Variante 2: Was kann man aus Ihrer Sicht tun, um die Situation zu verändern/um zu helfen?*
- 9| *Geschlossene, halboffene und offene Fragen sind in repräsentativen Umfragen gebräuchlich. Aus der Forschungsökonomie heraus werden offene Fragen selten gestellt. Zudem werden sie im Anschluss auf wenige Antwortdimensionen zusammengefasst, damit sie mit statistischen Methoden auswertbar sind. Diese offenen Fragen sind nicht gleichzusetzen mit einem explorativen Leitfadeninterview, bei dem die Vielfalt der Einstellungen und ihre tiefer liegende Verwurzelung erforscht werden soll.*
- 10| *Joachim K. Blatter, Frank Janning, Claudius Wagemann, 2007, Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden, Wiesbaden, S. 60.*
- 11| *Vgl. den Bericht von GMS, 2011, Die individuelle und politische Bedeutung linksextremistischen Gedankenguts unter Jugendlichen in Deutschland, Untersuchungsbericht.*
- 12| *- Die Macht der Großkonzerne, Menschen auszubeuten, muss gebrochen werden.
- Es muss eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus geben.
- Der Staat geht generell unverhältnismäßig hart gegen linke Demonstranten vor.
- Rechte Aufmärsche müssen mit allen Mitteln gestoppt werden.
Antwortskala: Stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu.*
- 13| *Vgl. Linke Gewalt in Berlin 2003-2008, 2009, Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz, Berlin, http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/fokus_linke_gewalt_2009.pdf?start&ts=1297851719&file=fokus_linke_gewalt_2009.pdf, vom 21.03.2011*

3. AUSWERTUNG DER INTERVIEWS

3.1. DIE PERSÖNLICHE LEBENSITUATION UND PRIVATE ZIELE¹

Bei den meisten Interviewten genießen bürgerliche Lebensformen einen hohen Stellenwert und gelten als erstrebenswert. Ehe, Kinder, berufliches Weiterkommen und beruflicher Aufstieg, durchaus auch in materieller Sicht, stellen wichtige Ziele dar. Die Teilnehmer zeigen dabei eine große Akzeptanz bürgerlicher Tugenden, die als Mittel zum Erfolg gelten, und beschreiben sich auch dementsprechend (Fleiß, Zielstrebigkeit).

Mit ihrer persönlichen Situation zeigen sie sich größtenteils zufrieden und glauben auch im Großen und Ganzen, dass sie ihre jeweiligen Lebensziele erreichen können. Doch wird mehrfach von materieller Knappheit berichtet. Die selbst empfundene materielle Enge prägt den Blickwinkel, den die Teilnehmer auf die Gesellschaft einnehmen.

Die Beziehung zu den Elternhäusern wird größtenteils positiv wahrgenommen. Politisch wird häufig eine Nähe, wenn auch keine Übereinstimmung berichtet. Selten haben die Eltern hingegen einen direkten Einfluss auf das politische Engagement genommen. Viele Teilnehmer haben Zweifel, dass es ihnen einmal (materiell) besser gehen wird als ihren Eltern.

Nur eine kleine Minderheit ist religiös gebunden und bezeichnet sich als gläubig. Unter den Befragten befanden sich auch Muslime (davon ein Teilnehmer konvertiert). Die Teilnehmer wählen in der Selbstbeschreibung häufig den Begriff „Agnostiker“. Bei einigen Teilnehmern fallen misanthrope Einstellungen auf.

In der Mediennutzung sind die Teilnehmer Kinder ihrer Zeit, bei denen das Internet erwartungsgemäß eine große Rolle spielt. Informationen, die sowohl online als auch offline vorliegen (wie klassische Tages- oder Wochenzeitungen), genießen hohes Vertrauen. Blogs werden nur von einer kleinen Minderheit genutzt. Medien, in denen linksextrêmes Gedankengut verbreitet wird (z. B. *Indymedia*), nutzen nur wenige, der Antifa-Szene nahestehende Befragte. Die meisten mixen nicht nur die Quelle (Zeitung, Fernsehen, Internet), sondern auch die politische Tendenz der Medien. Zeitungen wie die *Junge Welt* oder das Internetportal *Indymedia* und „bürgerliche“ Printmedien werden parallel genutzt. Die Teilnehmer geben an, dass sie keinem Medium volles Vertrauen entgegenbringen. Zudem kritisieren sie häufig die politische Tendenz.

- *„Ich lese die Süddeutsche. Ich mag keine Meinungsmache wie die TAZ.“*

Die Freundeskreise generieren sich weniger über die politische Einstellung als über andere private Interessen/Hobbys, die recht breit gestreut sind. Daher sind diese auch häufig politisch inhomogen. Einige erwähnen, Freunde in der JU (Jungen Union) zu haben. Sie berichten, sie schätzen den kontroversen Meinungsaustausch.

Vorwiegend die älteren Teilnehmer haben häufig ein politisches/inhaltliches Spezialproblem, das sie mehrfach thematisieren (Israel, Deutschenhass, Wohnungsmiete, Tierschutz, Globalisierung, Fairtrade).

Wenn auch einige Befragte sich vorstellen können, in einem anderen Land zu leben, so sind hinter diesem Wunsch weniger politische als touristische Motive zu erkennen. Dies gilt jedoch nicht für die skandinavischen Länder, bei denen auch politische Motive eine Ausreise nach sich ziehen könnten. Deutschland wird zwar überwiegend positiv beschrieben, gleichzeitig findet sich aber bezüglich der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verfasstheit ein Set kritischer Einstellungen. Von klassischen antinationalen Reflexen – wie sie häufig in linken Diskursen anzutreffen sind – ist nichts zu spüren.

- *„Ich mag Deutschland. Schöne Städte, Natur. Es ist meine Heimat.“*
- *„In Deutschland gibt es einen hohen Lebensstandard. Ich könnte nicht in einem anderen Land, wie Somalia, leben.“*
- *„In Deutschland gibt es keine Existenzängste.“*

3.2. DAS BILD EINER IDEALEN GESELLSCHAFT, AKZEPTANZ DER DEMOKRATIE

Vor dem Hintergrund eines insgesamt weit verbreiteten Gefühls der sozialen Ungerechtigkeit werden die Gesellschaft und die Demokratie bewertet. Die deutsche Gesellschaft wird gegenüber bestimmten Gruppen (wie Armen, Ausländern) als ausgrenzend empfunden. Die wahrgenommene Ausgrenzung ist sowohl materieller, sozialer/kultureller als auch politischer Natur.

Es dominiert ein atavistisches Verständnis von Gesellschaft, in der jeder jedem hilft und Probleme gemeinsam gelöst werden (Begriffe: Solidarität, Nachbarschaftshilfe): eine Gesellschaft, in der es kein Geld gibt, jeder alles hat, was er braucht, und man tun und lassen kann, was man möchte. Das Ideal einer hierarchiefreien Gesellschaft wird betont.

- *„Man sollte mehr auf die Menschen schauen, dann würde es besser gehen.“*
- *„Einer für alle, alle für einen.“*
- *„Keiner soll dem anderen übergestellt sein.“*
- *„Anarchie ist eine gute Idee, funktioniert aber nicht. Das habe ich schon verstanden.“*
- *„Bleibt ein Wunschdenken.“*
- *„Alle gehen wenig arbeiten, haben das gleiche Geld. Alle tragen einheitliche Kleidung, dann sieht man nicht, was drunter ist.“*

Dieses Ideal des Gemeinsinns widerspricht dem hohen Grad an Individualismus der Teilnehmer, die sich gegenüber jeglicher Vereinnahmung distanziert zeigen. Man könnte dieses Ideal auch als träumerisch verstehen. Über konkrete Möglichkeiten und Grenzen einer Umsetzung des Ideals haben sich die Probanden keine Gedanken gemacht, problematisieren dies auch nicht im Gespräch. Die Umsetzung der Utopie sowie die Umriss des gesellschaftlichen Ideals bleiben im Vagen. Manche sind sich der Widersprüche durchaus bewusst, beenden ihre Reflexion dann abrupt mit dem Hinweis, es handele sich um schwierige Fragen.

Die Meinungen zur Demokratie sind nicht einheitlich. Grundsätzlich wird die Demokratie („als solche“) überwiegend positiv bewertet; an deren Umsetzung hapert es jedoch. Es finden sich regelmäßig Zuschreibungen, wie man sie auch in der Gesamtbeurteilung des Sozialismus findet: Demokratie sei eine gute Idee, aber schwer umzusetzen. Daher wird manchmal recht global Kritik geübt (alles sei z. B. „verbesserungswürdig“). Es wird immer wieder hervorgehoben, dass Meinungsfreiheit und Wahlen positiv seien. Somit stehen fast alle Teilnehmer Grundpfeilern der Demokratie wohlwollend gegenüber. Jedoch zeigen sich auch ambivalente Einstellungen: Viele Befragte betonen, dass zwar „alles vernünftig aufgeschrieben“ sei, doch zur Wirklichkeit eine Kluft bestehe. Bei anderen ist ein deutliches Misstrauen gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat sichtbar.

- *„Haben Volksvertreter gewählt, aber was die machen, liegt nicht in unserer Hand.“*
- *„Wir haben Meinungsfreiheit, aber nur bis dahin, wenn die Polizei anrückt.“*
- *„Wählerwille gibt es nicht: ‚Volkswille hat uns die Macht gegeben‘: Unsinn.“*
- *„Wir wählen wen, der noch mal wen wählt.“*
- *„Repräsentatives System im Parlament führt nicht zur Demokratie. Betroffene sollen themenbezogen mitentscheiden.“*
- *„Demokratische Grundprinzipien werden nur vorgegaukelt.“*

Viele kennzeichnet eine Ablehnung von Akademikern, die in der Demokratie ausschließlich das Sagen hätten. Hier entstehen Überschneidungen zu Vorstellungen einer hierarchiefreien und herrschaftsfreien Gesellschaft. Häufig benutzte Begriffe in diesem Kontext sind Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, leben, wie man möchte. Auch die geordneten Problemlösungsverfahren, z. B. in der Justiz, werden eher misstrauisch beäugt.

Der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an der demokratischen Entscheidungsfindung ist Konsens. Wie dies aussehen könnte, veranschaulicht ein Teilnehmer am Beispiel der Kinderserie „Benjamin Blümchen“: Dort wehre sich der Bürgermeister erst gegen gute Vorschläge, werde dann aber dazu gebracht, die Vorschläge und Wünsche zu erfüllen. Doch finden sich auch nachdenkliche Momente, wenn etwa die Frage geäußert wird, ob für komplexe Entscheidungen

hinreichend Kompetenz in der Bevölkerung vorhanden sei oder ob dies überhaupt der angemessene Weg sei, da Interessen weit auseinanderfielen. Diese Einstellungsmuster deuten auf ein diffuses Unbehagen hin, das sich von den Teilnehmern nur schwer in Worte fassen lässt.

- *„Basisdemokratie geht nicht in einem so großen Staat wie Deutschland.“*
- *„Man sollte Probleme lösen, indem man gemeinsam darüber spricht [...] und sich bei einer Nicht-Einigung aus dem Weg gehen.“*
- *„Alles nur Akademiker, kein einziger Bauer.“*
- *„Man sollte das normale Volk und nicht nur Akademiker mit einbeziehen, Menschen, die in der Scheiße leben.“*
- *„Nicht von Oben regieren. Alle sollen selbst entscheiden, was sie machen sollen.“*
- *„Alle sollen auf einer Ebene sein.“*
- *„Wenn der Ingenieur auf einer Baustelle etwas sagt, sehen es die Bauarbeiter ein.“*
- *„Die Besten mit dem gleichen Gerechtigkeitsinn bilden die Regierung. Vielleicht ein quotiertes System der Besetzung des Parlaments.“*
- *„Man sollte mehr auf die Menschen schauen, dann würde es besser laufen.“*

Von einigen Teilnehmern wurde das Gesundheitssystem positiv bewertet, wenn auch nicht rundum. Es sei „annähernd gut, aber nicht ideal“.

Doch finden sich auch Momente tiefen Misstrauens, das bis hin zu Verschwörungstheorien reichen kann, die sich in der Meinung widerspiegeln, Wahlen seien manipuliert und es gebe mächtige Menschen, die im Hintergrund die eigentliche Macht besäßen. Zudem machten Parteien, was sie wollen, ohne sich an den Menschen zu orientieren.

- *„Die Regierung lässt sich vom Kapitalismus steuern. Die Kapitalisten haben die eigentliche Macht.“*
- *„Deutschland ist nicht demokratisch, sondern lobbyistisch.“*
- *„Der Steuerzahler wird für blöd erklärt und ausgebeutet.“*
- *„Wirtschaft und Politik klar trennen: Da dürfen keine Funktionäre drin sein.“*

Misstrauen besteht generell gegenüber Parteien. Die Grünen werden selten mit Positivem assoziiert, häufiger wird postuliert, dass sie das Vertrauen missbraucht hätten. Einige stehen der Linken zwar nahe, äußern sich aber aus einer eher distanzierten Position über die Partei. Positive Äußerungen über Parteien finden sich nicht.

Zwar ist der Freiheitsgedanke in unterschiedlichen Formen implizit enthalten, der Begriff selbst findet hingegen keine Erwähnung. Es finden sich immer wieder Reflexionen, dass die Demokratie den eigenen „selbstbestimmten“ Lebensstil ermöglicht. Gleichmaßen ist das Bewusstsein tief verankert, dass dies in Diktaturen nicht möglich wäre, doch stellt Freiheit selbst keinen positiven Bezugsrahmen her.

- *„Selbstbestimmung ist sich als Mensch zu entfalten, Mensch sein zu dürfen [...] autonom. Radikal ist die Konsequenz der Selbstbestimmung.“*
- *„Freiräume sind auf politischer Ebene so nicht gegeben. Es ist ein Irrtum, dass Kapitalismus Freiheit erst schafft.“*

3.3. DIE BEDEUTUNG VON IDEOLOGIEN

Ideologien, Weltanschauungen oder Theorien haben für die Gesprächspartner keine Relevanz. Lediglich ein Teilnehmer argumentiert mit Vokabular, das dem sozialistischen Gedankengut zugeordnet werden kann. Keiner ist in der Lage, innerhalb eines weltanschaulichen Bezugssystems zu argumentieren, auf der Basis einer übergeordneten Theorie Komplexität zu reduzieren oder seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen konstant aus einem Überbau abzuleiten. Dadurch werden Argumentationsketten brüchig und vielen Teilnehmern ist die Inkonsistenz bewusst, so dass sie diese eigens thematisieren. Statt Weltanschauungen dominieren „Patchworkideologien“², die wie ein Setzkasten arrangiert werden.

Politische Visionen, vor allem in Bezug auf ein alternatives politisches System, finden sich nicht in konkretisierter Form. Eher zeigt sich eine auf die „normative Kraft des Faktischen“ bezogene Ernüchterung. Gleichmaßen ist der Traum nach einer „idealen“ Gesellschaft vorhanden.

- *„Ich habe kein genaues Gegenmodell.“*
- *„Es gibt keine Alternative. Aber es sollte eine sozialere Demokratie, nicht eine Wirtschaftsdemokratie geben.“³*

- *„Der Traum von der großen Revolution ist ausgeträumt.“*
- *„Es gibt kein ideales System, das jedem gerecht wird.“*
- *„Sozialismus ist ein schönes Modell. Kommt meinem Ideal ziemlich nahe. Sozialismus scheitert am Menschen, am schlechten Image.“*
- *„Es muss kein Kommunismus sein. Das ist unrealistisch. Der Mensch will sich unterscheiden.“*
- (bezogen auf Atomenergie): *„Man muss realistisch sein. Man kann nicht einfach alles abstellen.“*
- *„So wie Utopia (von Rousseau) würde ich mir meinen Sozialismus vorstellen. Das geht hier nicht in Deutschland.“*
- *„Der Sozialismus kann schnell diktatorisch werden.“*
- *„Sozialismus ist besser als der jetzige Kapitalismus. Ist hier alles kurz vorm Kippen.“*

Ein Teilnehmer möchte die sozialistische Revolution vorbereiten, damit diese eine Basis hat.

Mit den Schlüsselbegriffen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ sollte bei den Teilnehmern herausgefunden werden, inwieweit Ideologien für die politische Selbstverortung eine Rolle spielen.

3.4. EINSTELLUNGEN ZUM KAPITALISMUS

Es ist auffallend, dass der Begriff „Kapitalismus“ nicht als Antagonist des Sozialismus wahrgenommen wird. Einige, vor allem jüngere Befragte, können mit dem Begriffspaar Sozialismus/Kapitalismus nichts anfangen. Kapitalismus wird generell zur Beschreibung eines Wirtschaftssystems verwendet. Die kommunistische Sichtweise, nach der Kapitalismus und bürgerliche Demokratie sich zwingend entsprechen und sich gegenseitig bedingen, ist nicht mehr gegenwärtig. Dies gilt auch für Probanden aus den neuen Ländern. In keinem der Interviews fiel hingegen der Begriff „soziale Marktwirtschaft“, vielmehr wird er durch den Begriff „Kapitalismus“ ersetzt.

Überraschend wird der Kapitalismus vielfach mit positiven Eigenschaften assoziiert. Kapitalismus sei eine Wirtschaftsform, „die der Markt bestimmt“ und „bessere Produktqualität“ hervorbringe. Manche sind der Ansicht, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gebe, obwohl sie ihn kritisch bewerten. Gleichmaßen ist eine ausgeprägte Konsumkritik – häufig gekoppelt mit Kulturpessimismus – vorhanden. Forderungen nach

Verstaatlichung von Privateigentum kommen nicht auf (nur ein Teilnehmer will Fabriken in Staatseigentum umwandeln). Zu den negativen Konnotationen gehören Aussagen wie:

- *„Akkumulation des Kapitals. Aus Geld wird mehr Geld gemacht.“*
- *„Keine Bedarfs-, sondern Angebotswirtschaft. Sonst gäbe es keine Werbung.“*
- *„Produktivkräfte werden entfaltet. Das beruht auf Ausbeutung. Menschen sind unfrei.“*
- *„Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.“*
- *„Abzocke, auf dem Rücken der Armen.“*
- *„Armut, Hunger, Ungerechtigkeit, Größenwahn.“*
- *„Geld ist ein Ausschlusskriterium.“*
- *„Eine Milliarde hungernde Menschen.“*
- *„Alles wird von den Leuten gesteuert, die nur an ihren Profit denken.“*
- *„Massenware, Mainstream, H&M-Mode: Es geht nur um Produktverkauf für Massen.“*
- *„Der Bäcker produziert 20 Prozent zu viel, nur damit auch noch am Abend die Auslage schön ist.“*
- *„Kapitalismus ist Form der Wirtschaft, die Bürger abhängig macht.“*
- *„EU-Reichtum beruht auf Ausbeutung der Völker.“*
- *„Arbeit schafft keinen Gewinn. Gesellschaft soll nicht nur Kapital generieren. Man soll sich umeinander kümmern.“*
- *„Fernsehen und Internet halten die Menschen vom Denken ab.“*
- *„Die Leute sind so konsumorientiert, dass wir nicht wieder auf andere Werte zurückkommen.“*
- *„Kapitalismus hat zu viel Macht. Monopole brechen.“*

3.5. EINSTELLUNGEN ZUM SOZIALISMUS UND ZUR DDR

Eigene Erfahrungen im real existierenden Sozialismus können die Teilnehmer aufgrund des Lebensalters nicht haben. Die Meinung Dritter im unmittelbaren Umfeld scheint (in den neuen Bundesländern) das DDR-Bild zu einem großen Teil zu bestimmen. Hier wird immer wieder von Gesprächen mit Eltern und Großeltern berichtet. Manche beziehen sich konkret auf diese Quellen. Bei anderen ist offen, ob es ein medial vermitteltes Bild ist oder ob auch der Schulunterricht prägend war. Ein Teil der Berichte folgt der Logik „Opa erzählt vom Krieg“: Die Schilderungen zeichnen das Bild eines fremden und weit entfernten Landes. Einzig in diesem Themenfeld unterscheiden sich die Befragten aus den neuen

Ländern deutlich von denen aus den alten. Im Westen sind sowohl die Kenntnisse als auch das Interesse an der DDR schwach ausgeprägt. Vor allem Jüngere können nichts mit dem Thema anfangen. Die positiven Aussagen kommen am häufigsten von denen, deren Eltern/Großeltern in der DDR lebten.

Wenige Assoziationsmuster bestimmen die Vorstellungsbilder. Die DDR sei das totale Gegenteil zur Bundesrepublik gewesen, was daran festgemacht wird, dass alle gleich gewesen seien und es in der DDR nur eine Klasse gegeben habe. Der Mensch habe im Vordergrund gestanden. In diesem Zusammenhang tauchen häufig die Begriffe „Solidarität“ und „Nachbarschaftshilfe“ auf.

Jeder habe eine Wohnung sowie Arbeit gehabt. Ebenso sei alles besser geregelt, die Menschen seien solidarisch und glücklich gewesen. Ein Teilnehmer verklärt das Schlangestehen sozialromantisch:

- *„Nach fünf Stunden nach Bananen anstehen waren die Menschen glücklich. Wer alles hat, kann sich nicht freuen.“*⁴

Die Gleichheitsaspekte werden eher positiv bewertet. So sei es gut, wenn sich keiner vom anderen abhebe, denn sonst hätte derjenige eine größere Machtposition. Trotzdem wird argumentiert, dass „Menschen nun mal verschieden seien“ und daher absolute Gleichheit nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang führt ein Teilnehmer aus, dass die Herrschaft des Proletariats auch zu nichts führe, da „man nicht jeden an jede Stelle setzen und entscheiden lassen kann“. Gelegentlich werden Einzelaspekte angesprochen: Das Essen sei billiger gewesen. Alles sei gegenüber heute billiger gewesen. Es habe eine bessere Familienpolitik gegeben. Das Wirtschaftssystem wird kritisch bewertet, ebenso der Detailspekt, dass Arbeit nicht leistungsgerecht bezahlt worden sei:

- *„Einigen ging es besser, anderen schlechter. Leistungsprinzip schafft Anreize.“*
- *„Planwirtschaft: Wie soll man wissen, was die Menschen brauchen.“*
- *„Planwirtschaft ging bei Konkurrenz mit der Marktwirtschaft unter. Wenn die ganze Welt mitziehen würde, könnte es funktionieren. Eine Lösung nur in Deutschland bringt nichts.“*
- *„Damals hatten alle Nichts. Das war schön.“*

Fast unisono prägt das Bild des Überwachungsstaates die Wahrnehmung der DDR. Besonders stark wird die fehlende Meinungsfreiheit thematisiert. Alles sei überwacht gewesen, es habe keine Pressefreiheit gegeben, die Menschen, die etwas Falsches gesagt hätten, seien abgeführt worden. Ein Proband ist hingegen der Ansicht, dass die Bespitzelung von Verdächtigen durchaus legitim gewesen sei, da diese den Staat schließlich untergraben hätten, auch wenn er die Bespitzelung grundsätzlich kritisch bewertet. Doch wird auch das Fehlen der Meinungsfreiheit gelegentlich relativiert:

- *„Was bringt eine eigene Meinung, wenn man nichts zu essen hat.“*

Mitunter kommen auch Argumente auf, die man eher dem rechtsextremen Spektrum zuordnen würde. So gebe es heute im Unterschied zu früher eine fortschreitende Amerikanisierung: „Man spricht bald kein Deutsch mehr“. In der DDR habe man mehr „Wert auf Erziehung der Kinder“ gelegt und sie sei sauberer gewesen. Selbst der Unfreiheit und dem daraus resultierenden Paternalismus können die Befragten etwas abgewinnen. Darüber hinaus findet eine Verklärung der Elemente der staatlichen Erziehung statt.

- *„Man hat ordentlich gelebt.“*
- *„Es war alles geregelt.“*
- *„Man wusste besser, wo man hingehört.“*
- *„Leute waren zufriedener, weil sie keine Existenzängste hatten.“*
- *„Jedes Kind, das in die Schule kam, war gut vorbereitet durch den Kindergarten.“*

Das „Scheitern“ der DDR führt dazu, dass der Sozialismus nicht als Alternative wahrgenommen wird. Für viele ist dies der Beweis, dass der Sozialismus nicht funktionieren kann. Andere bewerten die Utopie des Sozialismus zwar kritisch, sehen aber in der Theorie ein Ideal, das allerdings nicht zu verwirklichen ist – nach den Mottos „gute Idee, schlechte Umsetzung“ oder „gute Idee, aber der Mensch ist anders“.

- *„Eine sozialistische Gesellschaft wäre bei ordentlicher Kontrolle vielleicht besser. Ein interessanter Versuch.“*
- *„Die DDR hat sich gut und schön angehört. Das war aber nicht so. Es hat viel gefehlt.“*

- *„Wenn man bis 20 in der DDR gelebt hat, war das für Kinder nicht schlecht.“*
- *„Sozialismus ist nicht schlecht. Wäre einen Versuch wert. Ist aber noch nicht realistisch. Den Menschen geht es zu gut.“*
- *„Reines Wunschdenken. Leute wählen Altbewährtes.“*
- *„In der DDR war viel nicht erlaubt. So möchte ich nicht leben.“*
- *„Der Sozialismus in der DDR war kein Sozialismus, weil Mitbestimmung gefehlt hat.“*
- *„Man kann sich an Sowjetunion und DDR nicht orientieren. Ist gescheitert, weil die Voraussetzungen nicht stimmten.“*
- *„Man soll die Idee, die dahinter steckt, nicht diskreditieren.“*
- *„Sozialismus geht nicht in einem Land. Wenn es (Deutschland) allein dasteht, wird man überrannt, muss alle anderen wirtschaftlich überflügeln, wenn hier Sozialismus herrschen würde.“*
- *DDR: „Idee war gut, aber Einsperren funktioniert nicht.“*

Alles in allem stellt die DDR weder ein Ideal noch eine Alternative dar. Ein Teilnehmer hat sich auch gegen Kuba ausgesprochen, da es dort zu Menschenrechtsverletzungen komme und die Menschen bettelarm seien. Doch wird auch ein widersprüchliches Bild gezeichnet, das gleichermaßen von einem höheren Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit wie von fehlenden Freiheiten gekennzeichnet ist. Die Gemeinschaft/Solidarität wird positiv gesehen. Dem wird entgegengesetzt, dass die DDR eine gescheiterte Diktatur sei, unter der viele Leute gelitten hätten. Es dominiert ein bipolares DDR-Bild: Das politische System (einige verwenden den Begriff „Diktatur“) wird stark abgelehnt, während die „sozialen Errungenschaften“ begrüßt werden.

3.6. EINSTELLUNGEN ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit sowie der Chancengerechtigkeit prägen die politischen Wahrnehmungsmuster. Bemängelt wird, dass die Chancengleichheit herkunftsabhängig sei. Während sich die Interviewten bei der Wahrnehmung der persönlichen Lebenssituation und der persönlichen Zukunftschancen überwiegend positiv äußern, sind im Feld der sozialen Gerechtigkeit deutliche Unzufriedenheiten und Frustrationen vorhanden. Der Sozialstaat wird sowohl kritisiert als auch gelobt. Anerkannt wird, dass soziale Grundbedürfnisse gedeckt werden, kritisiert werden die sozialen Unterschiede.

Generell wird das Primat der Wirtschaft beanstandet. Wirtschaftliche / ökonomische Aspekte werden als dominant wahrgenommen, die das Leben und Lebensentscheidungen prägen und den Freiraum der Menschen einschränken.

Thematisiert wird häufig der Unterschied zwischen Arm und Reich. Neben der Diskussion der materiellen Unterschiede wird Reichtum mit unmoralischem Verhalten gleichgesetzt, d. h. die „Reichen und Mächtigen“ würden den Reichtum nur egoistisch zum privaten Konsum einsetzen und zeigten kein soziales Verhalten. Mit diesem Themenfeld sind individuelle Abstiegsängste gekoppelt.

Die Wirtschaftskrise kommt einer Vertrauenskrise in Eliten gleich. Angehörige von Eliten werden regelmäßig als „Kriminelle“ wahrgenommen, die andere betrügen. Zudem sei die Wirtschaftskrise von der Politik und der Demokratie verursacht. Das Gerechtigkeitsgefühl wird verletzt, wenn angeblich „Milliarden Steuergelder“ dazu benutzt werden, dass „die Banken wieder Gewinne abwerfen“.

- *„Dass Arme auf der Straße betteln und verhungern, darf es nicht geben.“*
- *„Es sollte keine Arbeitslosigkeit geben.“*
- *„Jeder sollte das bekommen, was er braucht, aber nicht mehr.“*
- *„Arme werden immer ärmer, Reiche immer reicher.“*
- *„Wer mehr verdient, soll auch mehr versteuern.“*
- *„Nur das Geld zählt.“*
- *„Ohne Job bist du nichts. Hartz IV ist das Schlimmste. Da bist du nichts mehr.“*
- *„Armut ist die Flagge der Tugendhaften.“*
- *„Reichtum vergiftet die Seelen.“*
- *„Wenn ein Jugendlicher arbeitet, um sich einen Wunsch zu erfüllen, und die Eltern von Hartz IV leben, gibt es keine Anreize. Wie soll man Jugendlichen da den Wert von Geld beibringen?“*
- *„Leute können nicht in die Schule gehen, weil sie nicht genug Geld haben, oder man muss arbeiten statt studieren, da die Eltern zu wenig Geld haben.“*
- *„Es wird nicht jeder mit einem goldenen Löffel geboren.“*
- *„Hätte ich Geld, [...] hätte ich auch Abi gemacht.“*
- *„Wer weniger macht, bekommt weniger. Das ist aber nicht sozial. Sozial und gerecht geht nicht zusammen.“*

- *„Es wird an den Armen gespart. Richtig arm ist aber niemand.“*
- *„Es ist ungerecht. Manche leben in krassen Verhältnissen.“*
- *„Sozialabbau führt zu ungerechter Verteilung. Der Kapitalismus ist die Ursache der Ungerechtigkeit.“*
- *„Deutschland ist ein Sozialstaat, es gibt zu viele Arbeitslose. Wie man es macht, ist es verkehrt.“*

Die Gegensätze zwischen Arm und Reich werden auch im Zusammenhang mit dem Hunger in der Dritten Welt thematisiert. Bei einem Teilnehmer ergibt sich aus seiner eigenen, als ärmlich empfundenen Situation heraus ein solidarisches Hineinversetzen in die Armut z. B. in der Dritten Welt.

In fast allen Interviews werden Positionen deutlich abgelehnt, die politisch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen hinauslaufen würden. Fast immer wird im Bereich Leistung und Gegenleistung eine differenzierte Haltung eingenommen. So äußert ein Teilnehmer beispielsweise: „einem Kind muss man etwas bieten“, was für ihn individuell ein Motiv zur Leistungserbringung darstellt. Jedoch werden hier auch immer wieder die großen Einkommensunterschiede in der Gesellschaft thematisiert. Gelegentlich wird die Forderung nach einem Mindestlohn erhoben, meist aber nur der Wunsch geäußert, dass die großen Unterschiede nivelliert werden. Der Themenkomplex „Sozialabbau“ spielt eine verhältnismäßig geringe Rolle.

- *„Leistungsunterschiede im Gehalt sind okay. Die Löhne sollten aber nicht zu unterschiedlich sein.“*
- *„Unterschiede muss es geben, sonst wäre es langweilig.“*
- *„Alle sollen gut über die Runden kommen.“*
- *„Umverteilung, damit es zu mehr Gerechtigkeit kommt: Nicht jeder bekommt gleich viel, aber lebt gleich gut.“*

Die Haltung zur Arbeit variiert recht deutlich. Viele Teilnehmer verbinden Arbeit mit Aufstieg, andere mit Ausbeutung. Das Ideal einer Gesellschaft, in der jeder Arbeit hat, findet sich regelmäßig. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder über Einkommensgerechtigkeit gesprochen.

Die Gesprächspartner sind zu Konkretisierungen nicht in der Lage. In einigen Fällen wird stark über die Frage der gerechten Umverteilung reflektiert. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, wie diese Ziele zu

erreichen seien, sind häufig eher diffus, bauen auf einer naturalistischen Tauschgesellschaft auf und werden von den Teilnehmern auch auf ihre Durchsetzbarkeit hin häufig hinterfragt.

Vor dem Hintergrund einer durchaus beachtlichen Leistungsbereitschaft und einer grundsätzlichen Anerkennung des individuellen Leistungsprinzips („jeder soll aufsteigen können“) ist das Verständnis gegenüber Menschen, die nicht arbeiten gehen (aber könnten), gering. Die Befragten sprechen sich dafür aus, dass Hartz-IV-Empfängern nicht irgendeine Arbeit zugeteilt wird, sondern sie frei entscheiden sollen, was sie tun möchten. Gegenüber Hartz-IV-Empfängern, die nicht arbeiten, gibt es weit verbreitete Ressentiments, die man eher in rechtsextremen Kreisen erwartet hätte. Wer nicht arbeitet, aber arbeiten könnte, wird gegenüber der Gesellschaft als nicht sozial empfunden. Diese Einstellungsmuster spiegeln sich auch in dem Assoziationstest mit der Beschreibung des Bildes eines Obdachlosen wider. Zwar wird in der Bewertung berücksichtigt, dass Schicksalsschläge zu einem Leben auf der Straße führen können, doch wird die Lebensweise der Obdachlosen tendenziell abgelehnt. Es ist parallel festzustellen, dass zwischen den Wünschen nach einer egalitären Gesellschaft und der Anerkennung des individuellen Leistungsprinzips ein gewisser Widerspruch besteht, den kein Teilnehmer auflöst. Diejenigen, die darüber reflektieren, beenden die Gedankenspiele mit dem Hinweis, es sei schwer, sich hier festzulegen. Überraschenderweise finden sich hier Argumentationsmuster, die man ideologisch eher in einem dem Rechtsextremismus oder -populismus nahestehenden Milieu erwarten würde.

- *„Wer auf der Straße bettelt und trinkt, der soll sich waschen, nicht trinken und arbeiten.“*
- *„Es ist erschreckend, dass es so was überhaupt gibt in Deutschland.“⁵*
- *„Wer nichts getan hat, soll auch nichts kriegen, sondern ein vernünftiges Mitglied der Gesellschaft werden.“*
- *„Im Zweifel soll man Hartz IV streichen.“*
- *„Hartz IV ist für Alleinerziehende zu wenig. Aber wer Geld fürs Saufen ausgibt, soll auch nichts bekommen. Gutscheine sind nicht schlecht, habe ich auch mal bekommen.“*
- *„Alle sollen von gleich viel leben. Das geht wohl nicht, auch wenn es am besten wäre. Aber ich kann Idioten nicht gleich viel bezahlen.“*
- *„Einkommen, von dem jeder leben kann.“*
- *„Wer faul zu Hause rumsitzt, bekommt nichts.“*

- *„Soziale Hängematte.“*
- *„Die haben ihre Lebensgewohnheiten an Hartz IV angepasst. Ich bin kein Freund der Arbeit, das aber ist unsolidarisch.“*
- *„Jeder bekommt Geld, aber dann ginge keiner mehr im Supermarkt arbeiten.“*

Arbeitslosigkeit wird sehr unterschiedlich bewertet. Es zeigt sich eine moralische Position, die Arbeitslosigkeit generell nicht zulassen möchte. Damit verbunden ist auch gelegentlich der Wunsch einer Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden.

Im Rahmen der Diskussion wird das Wirtschaftssystem regelmäßig kritisiert. Die Wirtschaft bringe Armut hervor. Vor allem Großkonzerne stehen im Mittelpunkt der Kritik. Sie hätten zu viel Macht und seien für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. In diesem Kontext werden auch konkrete Arbeitsbedingungen kritisiert:

- *„Auf Knopfdruck werden Tausende auf die Straße gesetzt.“*
- *„Die Machtmonopole der Großkonzerne würde ich gerne bekämpfen.“*
- *„Jeder soll Arbeit finden, indem man mehr Arbeitsplätze schafft, z. B. indem man Maschinen abschafft.“*
- *„Arbeitsbedingungen belasten Menschen. Es wird zu wenig Geld bezahlt.“*

Die Teilnehmer zeigen ein markantes bipolares Einstellungsprofil: Einerseits entwickeln sie bei der Frage der sozialen Gerechtigkeit Mitgefühl, doch ist diese Empathie nicht auf Einzelschicksale übertragbar. Bei einer Reihe von Bildern, die im Rahmen der Assoziationstest vorgelegt werden (Obdachloser, hungerndes Kind aus der Dritten Welt), geht das Mitleid deutlich zurück. Während sich die Interviewpartner überwiegend gut in die Situation von politischen Aktivisten hineinversetzen können (Hausbesetzer, Demonstranten), lässt sie das Schicksal Einzelner häufig unberührt.

3.7. DIE BEDEUTUNG DES KAMPFES GEGEN RECHTS-EXTREMISMUS

Eine erhebliche Mobilisierungswirkung und eine Motivation zum politischen Handeln gehen vom Themenfeld „Rechtsextremismus“ aus. Fast jeder äußert sich hierzu. Dabei widerspricht der Wunsch, den Rechts-

extremismus völlig zu eliminieren, dem Ziel einer Gesellschaft, in der jeder absolute Freiheit genießt. Die von den Teilnehmern benutzten Begriffe „Rechtsextremismus“, „Rassismus“, „Nazis“ oder „Faschismus“ werden inhaltlich nicht differenziert.

Um den Rechtsextremismus zu bekämpfen, billigen einige Teilnehmer recht martialische Mittel, die über die normale politische Auseinandersetzung (wie Demonstrationen) weit hinausgehen. In Einzelfällen wird ein NPD-Verbot kritisch bewertet, da es die Gefahr von Untergrundtätigkeiten hervorrufe. In dem Maße, in dem sich die Teilnehmer für ein Recht auf Freiräume aussprechen, widersprechen sie diesen für den Bereich des Rechtsextremismus, mit dem Argument, dass der Rechtsextremismus andere Menschen einschränke. Für die Befragten ist der Rechtsextremismus der Antagonist.

Hier entsteht ein deutlich sichtbarer Konflikt mit dem Prinzip der Universalität der Menschenrechte. Personen, die dem rechtsextremen Umfeld zugeordnet werden, werden fundamentale Menschenrechte abgesprochen. Einige Probanden billigen Rechtsextremisten weder Meinungsfreiheit noch körperliche Unversehrtheit zu.

Der Rechtsextremismus und die Auseinandersetzung mit demselben bzw. der Kampf gegen Rechtsextremismus stellen einen entscheidenden Motivationsfaktor dar. Es gibt in dieser Gruppe einen anti-rechtsextremen Grundkonsens, der zum Teil emotional hinterlegt ist und in einzelnen Fällen bis zur Wut und aggressiven Gewaltbereitschaft gesteigert ist.

- *„Einem Besitzer von einem Naziladen habe ich Scheiben eingeworfen.“*
- *„Wenn er (ein Naziführer) von einem Auto totgefahren würde, würde ich den Fahrer nicht kennen.“*
- *„Alle Rechtsextremen von den Linken trennen [...] und in ein eigenes Land bringen.“*
- *„Nazis regen mich auf.“*
- *„Ich bin gegen die ganze Idee.“*
- *„Ein Stein gegen Nazis trifft nicht den Falschen.“*
- *„Wer groß und stark ist und alle tötet, kommt an die Macht.“⁶*
- *„Man sollte rigoros alle wegsperren. Die müssen verstümmelt und zusammengeschlagen werden wie die Opfer.“*
- *„Man kann Nazis auf die Fresse schlagen und sie umbringen, man sollte das aber nicht tun.“*

- „Gewaltbereite Rechte müssen unterdrückt werden.“
- „Wenn die (gemeint sind Rechtsextreme) einsitzen (im Gefängnis) und drei den (gemeint ist ein Rechtsextremer) verprügeln wollen, greifen die Wärter ein.“
- „Faschisten sind Menschen, die (sucht nach einem Wort) komisch sind.“
- „Kein Platz für faschistische Meinungen.“
- „Gewalt bei Demos gegen Rechtsextremismus trifft nicht die Falschen.“
- „Nazis haben wachsende Macht.“
- „Gewalt gegen Sachen sind okay, aber jemanden totschlagen würde ich eher nicht.“
- „Es wäre gut, wenn Nazi-Gebäude brennen.“
- „Rechte wurden von der Polizei schön geschützt.“
- „Wehren darf man sich auch körperlich, Behinderungen wie Menschenketten sind okay.“
- „Rechtsextreme wegsperren. Die Opfer müssen bestimmen, was mit denen gemacht wird. Auge um Auge.“

3.7.1.1. Haltungen zur Antifa

Aus der grundsätzlichen Abneigung gegenüber dem Rechtsextremismus wachsen positive Einschätzungen gegenüber den Aktionen und Symbolen der Antifa. Das als Bild vorgezeigte Motiv, wie ein Hakenkreuz in einen Mülleimer geworfen wird, stößt bei den Probanden, denen es vorgelegt wird, auf Sympathie. Jedoch werden die Aktivitäten bis hin zum Konsumverhalten der Antifa kritisch bewertet.

- (Bild von Steinwürfen auf eine McDonalds-Filiale): „Der trägt einen teuren Rucksack. Ist unglaubwürdig.“
- „Man bekämpft nur das Fußvolk und nicht die Nazi-Führer.“
- „Die haben Spaß, Ärger zu machen. Da bin ich nicht einverstanden.“
- „Die tragen ‚Chucks‘ für 60 Euro und fordern trotzdem ‚Alles für umsonst.‘“
- (Antifa-Demonstrationen): „Die wollen nur Krawall im Umfeld: da muss man aber trotzdem hingehen.“
- „Ich war bei Protesten gegen einen rechtsextremen Laden. Nicht die von der Antifa, die Rabatz gemacht haben. Wir haben Musik gemacht.“
- „Ich will mich nicht fest binden, sonst muss ich die Meinungen teilen.“

- „Wir sind nicht in der Antifa. Ist das gleiche Extrem (gemeint ist Rechtsextremismus). Immer mit Scheuklappen, lässt keine differenzierte Meinung zu.“
- „Versuche mich nicht zu binden. Bin lieber dazwischen.“

3.8. GENTRIFIZIERUNG

Für viele Teilnehmer ist das Thema „Miete“ sehr wichtig. Einige klagen lediglich über hohe Mieten, andere bewegen sich argumentativ eher im „Gentrifizierungsdiskurs“ (in ärmeren Stadtteilen findet ein Austausch zugunsten wohlhabender Einwohner statt, indem Häuser renoviert/neu gebaut und zu höheren Preisen vermietet/veräußert werden). Der Begriff der Gentrifizierung ist den Teilnehmern jedoch nicht geläufig.

Einige Gesprächspartner beschwerten sich über die hohen Mietkosten, die man sich nicht mehr leisten könne. Entweder sei damit der Weg in eine bessere Wohnlage versperrt oder die ehemaligen Anwohner müssten sich andere Wohnungen suchen. Dies kann sogar soweit gehen, dass das Gefühl der „Vertreibung“ entsteht. Durch Geld würden die Kieze umgestaltet, damit anschließend Reiche mit Kindern in die Wohnungen einziehen könnten. Die wahrgenommene Vertreibung zugunsten von Familien wird mehrfach angesprochen. Vermutlich ist dies weniger auf Familienfeindlichkeit zurück zu führen als auf die (noch meist) kinderlose Lebensphase. In engem Zusammenhang mit der Gentrifizierung stehen die Einstellungen gegenüber besetzten Häusern. Meistens wird dies akzeptiert.

- „Die sollen ruhig die Häuser bauen, dann werden die Snobs schon sehen, was sie davon haben, wenn sie in unsere Straße einziehen.“
- „Da werden Viertel von Leuten gereinigt, die man da nicht haben will, damit ein schönes Viertel mit familienfreundlichen Wohnungen entsteht.“
- „Man kann nicht einfach Leute einziehen lassen, die das Geld haben, damit ein Viertel friedlicher wird.“
- (bezogen auf den potentiellen Bau einer McDonalds-Filiale): „Wenn so was in einem Viertel gebaut wird, in dem eine andere Kultur herrscht, dann ist das provokant. Aber Steine werfen ist nicht so mein Stil.“

3.9. VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Das Bild der Vereinigten Staaten ist durchgängig negativ. Sie führten ausschließlich Rohstoffkriege. Das Öl im Irak sei der Vorwand für den Krieg gewesen. Die Rohstoffkriege und die Umweltvernichtung würden auf dem Rücken der Armen ausgetragen. Zudem seien sie die Ursache für den Hunger auf der Welt. Ebenfalls bei der Rohstofffrage gibt es Antworten, die auf einem unreflektierten Ideal einer absoluten Verteilungsgerechtigkeit basieren. Um „Rohstoffkriege“ zu verhindern, solle man die Naturalien einfach nach dem Anteil, den jeder benötigt, verteilen.

Besonders drastisch sind die Aussagen zu den Anschlägen vom 11. September 2001. Die Verschwörungstheorie, dass die Terroristen mit Regierungsstellen der Vereinigten Staaten kooperierten oder in deren Auftrag oder im Auftrag sonstiger „geheimer Mächte“ handelten, ist weit verbreitet und akzeptiert. Vielfach wird zwar geprüft, ob die Verschwörungstheorie der Wahrheit entspricht, doch sind Zweifel an den Angriffen von Al Quaida fast immer vorhanden. Die Vereinigten Staaten werden als zu mächtig wahrgenommen. Sie nähmen sich überall das Recht zur Einmischung heraus.

- *„Die Hintergründe haben nichts mit Bin Laden zu tun. Da sollte was verschleiert werden, da sind gezielt Daten zerstört worden.“*
- *„Die Amerikaner stecken dahinter. Da sind mehrere Dinge unstimmg.“*
- *„Es ist ein von US inszenierter Anschlag um kriegerischen Imperialismus zu rechtfertigen.“*
- *„Die Terroristen wurden entweder angeheuert oder unterstützt.“*
- *„Man will die westliche Ideologie aufzwingen.“*
- *„Ich traue es der Bush-Regierung zu, dass sie Menschenleben für mehr Macht und Öl opfert.“*
- *„Waren wohl fanatische Muslime ohne Bezug zur Realität. Die haben ein Recht sich zu wehren, aber kein Tod Unschuldiger. Wahrscheinlich war das jedoch der einzige Weg. Verzweiflungstat.“*
- *„Das ist nicht das, was wir sehen. Ich glaube, das war das, was sie gebraucht haben, um politische Sachen zu rechtfertigen.“*

Das Misstrauen gegenüber den USA wird in einem Bilderassoziationstest wiederholt. Beim Betrachten eines Bildes, auf dem ein muslimisch bekleideter Zivilist sowie zwei Soldaten zu sehen sind, werden generell die

Militäreinsätze der USA kritisiert und verurteilt, da der Krieg nicht gerechtfertigt sei.

Es gibt auch vereinzelt Thesen, die zwar nicht zu den klassischen Verschwörungstheorien zählen, aber auch eine unsichtbare Macht vermuten, die manipulierend eingreift. Auf der Basis einer allgemeinen Kulturkritik (Massenverdummung durch die Medien) entwickelt ein Teilnehmer ein idealisiertes Bild von Menschen, die vom „Staat vom richtigen Weg“ abgehalten werden. Immer wieder weisen Teilnehmer darauf hin, dass Menschen manipulierbar seien und auch manipuliert würden.

3.10. EINZELNE INHALTLICHE ASPEKTE

Gelegentlich mischen sich Inhalte von politischen Kampagnen, von Gesprächen oder vom Hörensagen Aufgeschnapptes zu einer Melange des Halbwissens. Die Aussagen entsprechen häufig nicht der Realität, sind aber Stützpfiler für das Weltbild. Dieses Weltbild ist eher eklektizistisch und folgt keinem theoretischen Überbau oder gar einer geschlossenen Ideologie. Eine Neigung zu Krisenszenarien ist vorhanden. Es gibt zwar einige wenige Konstanten, die bei allen vorhanden sind, wie das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und die massive Ablehnung des Rechtsextremismus, doch unterscheiden sich die Teilnehmer z. T. erheblich in der konkreten Herleitung und Begründung. Immer wieder finden sich Äußerungen, die man eher in einem rechtsextremistischen oder -populistischen Milieu vermuten würde. Dies zeigt sich in der Bewertung des Leistungsprinzips, der Haltung gegenüber Hartz-IV-Empfängern sowie in gelegentlicher Zustimmung zu den Thesen von Thilo Sarrazin.

Che Guevara hat häufig ein positives Image als Freiheitskämpfer/bewaffneter Kämpfer. Doch gibt es auch kritische Bemerkungen und ein deutliches Infragestellen seiner Ziele und Mittel.

- *„Ist wohl doch ein Held. Er wäre für seine Befreiung gestorben.“*
- *„Revolutionsikone, Vorbild: Ja, ich bin kein Pazifist.“*
- *„Dank Che geht es den Leuten in Kuba besser.“*
- *„Symbol für Revolution, war aber kein netter Zeitgenosse.“*

Militäreinsätze werden generell negativ bewertet (außer bei einem Teilnehmer, der selbst zur Bundeswehr wollte). Afghanistan wird selten angesprochen. Wird es thematisiert, dann meist in dem Kontext, dass

die Bundeswehr abziehen soll. Die demokratische Entwicklung des Landes wird nicht angesprochen.

- *„Da haben wir nichts zu suchen, ist nicht unser Krieg. Sollen sich doch die Amis den Schädel einschlagen lassen.“*

Ein Proband fordert die Todesstrafe für Kinderschänder. Dieser hat auch das Gefühl, dass es zu viele Migranten gebe, von denen „sich viele schlecht benehmen“.

Bei manchen Teilnehmern werden Ideologie- oder Politikketzen wiedergegeben, deren Realitätsgehalt eher gering ist.

- *„Hartz IV wird nie angehoben, während die Lebensmittelpreise steigen.“*
- *„Das Justizsystem ist ein Witz: Für Diebstahl von einem Kaugummi gibt es zehn Jahre, für Mord drei Jahre auf Bewährung.“*
- *„Israel ist ein Gebilde des Imperialismus, das auf der Welt viele Spannungen schafft.“*
- *„McDonalds zwingt anderen Völkern seine Kultur auf.“*
- *„Die erste Generation der RAF war noch gut; mit Meinhof konnte sie noch argumentieren.“*
- *„Es gibt immer mehr Arbeitslose.“*

1| Interviews wurden mit Männern und Frauen geführt. Um die Anonymität der Befragten sicherzustellen, wird im Bericht lediglich die männliche Form verwendet. Dies ist auch durch die Tatsache gerechtfertigt, dass sich keine geschlechtsspezifischen Antwortmuster erkennen lassen.

2| Viola Neu, 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010, Berlin.

3| Gemeint ist eine von Wirtschaftsinteressen bestimmte Demokratie, die die Interessen des Volkes unberücksichtigt lässt.

4| Der Befragte stammt aus den alten Ländern und hat keinen lebensgeschichtlichen Bezug zur DDR.

5| Der Teilnehmer bezieht sich auf die Armut.

6| Der Teilnehmer bezieht sich auf Auswahlprozesse innerhalb rechtsextremer Organisationen.

4. POLITISCHE PARTIZIPATION

4.1. LEGALE POLITISCHE AKTIVITÄTEN

Die überwiegende Anzahl der Teilnehmer zeigt kein größeres politisches Engagement. Von denen, die aktiv sind, werden Demonstrationen bevorzugt. Parteipolitisches Engagement gilt bei fast allen als unattraktiv. Nur wenige sind parteipolitisch aktiv (vor allem in der Linken). Bei denjenigen, die in Parteien mitwirken, wird das Engagement eher kritisch eingeschätzt („bringt nicht so viel“). Andere politische Organisationen (wie z. B. ATTAC, Greenpeace) sind ebenfalls nicht attraktiv, auch wenn dort einige partizipieren. Wenige Teilnehmer engagieren sich vielfältig auf mehreren Ebenen und in unterschiedlichen Formen (Unterschriften, Demonstrationen, Mahnwachen, Blockaden, Menschenketten oder Aktivitäten im Wahlkreis eines Abgeordneten). Doch sind diese Personen die Ausnahme. Insgesamt dominiert eher eine Abneigung gegenüber organisatorischer Einbindung. Auch diejenigen, die der Antifa-Szene nahe stehen, pflegen eher ein distanziertes Verhältnis. Initiatoren von Aktionen sind die absolute Ausnahme. Dies wäre auch entsprechend den Rekrutierungsmustern (Zwiebelmodell) nicht zu erwarten gewesen. Demonstrationen, die sich in irgendeiner Form gegen Rechtsextremismus wenden, haben die größte Anziehungskraft, gefolgt von Demonstrationen im Rahmen der Anti-Atom-Bewegung oder Demonstrationen, die sich sozialen Fragen widmen. Demonstrationen, bei denen mit Gewalt zu rechnen ist, genießen nur bei sehr wenigen Teilnehmern Akzeptanz (wie 1. Mai-Demonstration). Neben dem

thematischen Interesse lassen auch einige Teilnehmer erkennen, dass die Gemeinsamkeit Eventcharakter hat und Spaßfaktoren vorhanden sind.

Aufgrund des Alters der Teilnehmer (15 bis 24 Jahre) haben viele Erfahrungen mit politischem Engagement in der Schule gemacht. Dort haben sie sich in unterschiedlicher Weise politisch engagiert. Politische Partizipation fand überwiegend im Bereich der Bildungspolitik statt, beispielsweise durch die Teilnahme an Demonstrationen.

Bei den älteren Teilnehmern stehen andere Themen im Vordergrund, wobei das Engagement gegen Rechtsextremismus einen besonderen Stellenwert besitzt.

Aufgrund der bürgerlichen Lebensziele und der Belastung durch Schule, Studium und Beruf spielen politische Aktivitäten im Leben der meisten fast keine Rolle. Für weiterreichendes Engagement fehle ihnen die Zeit. Manche sprechen – mit zunehmendem Alter – auch von einer Schwerpunktverschiebung ihres Lebens hin in den häuslichen Bereich und einem anwachsenden familiären Interesse. Ein Teilnehmer spricht davon, heute im Freundeskreis mit seiner Freundin Gesellschaftsspiele zu spielen, während er früher politisch aktiv gewesen sei. Diese Lebenszykluseffekte eines nachlassenden Interesses an extremistischen Aktivitäten sind in den Studien von Heitmeyer belegt.¹

Die eigene geringe Partizipationsrate wird häufig kritisch reflektiert, wobei die Frage der „sozialen Wünschbarkeit“ die Argumentationsmuster bestimmt: Man müsse zwar aktiver sein, wenn man etwas bewirken wolle, doch gibt es individuelle Ausflüchte, sich nicht zu engagieren (Zeitbudget). Hinzu kommt eine gewisse Furcht vor Vereinnahmung durch eine Gruppe, welche dem individuellen Lebenskonzept widersprechen könnte. Skepsis an der Wirksamkeit politischen Engagements findet sich fast immer und wird ebenfalls als Motiv für schwache politische Partizipationsraten genannt.

Einige wenige Teilnehmer sind/waren in der Antifa-Szene aktiv oder haben dorthin Kontakte. Ein Teilnehmer zeigt sich von der politischen Arbeit desillusioniert („nur Gesabbel“), andere weisen eine kritische Distanz auf. Ein Teilnehmer entschuldigt sich fast dafür, dass er an verschiedenen Aktivitäten nicht teilnehmen konnte, da er sich auf Prüfungen vorbereitet habe. Insgesamt sind auch die der Antifa-Szene nahestehenden Befragten individuell eher leistungsorientiert.

4.2. POLITISCH MOTIVIERTE GEWALTBEREITSCHAFT

Im Fragebogen wird nicht explizit nach politischer Gewalt gefragt. Die Teilnehmer berichteten jedoch an unterschiedlichen Stellen des Interviews von ihren Aktivitäten, die in das Aktionsspektrum der politischen Gewalt hineinreichen. Auch wenn der Teilnehmer selbst keine politische Gewalt anwenden würde, zeigen sich doch Einfallstore, die eine Aktivierung umfassen, vor allem in den Bereichen, in denen grundsätzlich politisch motivierte Gewalt als legitim empfunden wird.

Im Bereich der politisch motivierten Gewalt zeichnet sich ein eher ambivalentes Bild ab. Grundsätzlich distanzieren sich die meisten von politischer Gewalt, sehen aber auch Situationen, in denen politischer Gewalt durchaus Verständnis entgegengebracht wird. Gewalt wird je nach Kontext relativiert und akzeptiert. Innere Widersprüche werden von einigen Teilnehmern angesprochen. So werden z. B. Nelson Mandela oder Che Guevara zwar als Freiheitskämpfer gesehen, die Gewalt jedoch kritisch bewertet. Eine eindeutige Grenze, die nicht überschritten werden kann, ist nicht bei allen vorhanden. Bei vielen Teilnehmern erkennt man eher ein Ringen oder eine Unsicherheit, bis wohin man noch gehen kann, was noch Widerstand ist, was noch gerechtfertigt/legitimiert werden kann.

In der Reflexion über politische Gewalt wird von den Gesprächsteilnehmern immer in Betracht gezogen, ob Unschuldige verletzt werden könnten. Dies zeigt sich deutlich bei den Assoziationen nach Vorlage der Bilder „brennendes Auto“. Beim „Abfackeln“ (wie die Teilnehmer es nennen) von Autos zeigt sich fast immer eine Eskalationsstufe: Viele lehnen zunächst grundsätzlich diese Form der Gewalt ab. Bei einem vom Interviewer erzeugten Stimulus, ob man auch dann keine Gewalt anwenden würde, wenn das Auto einem „Nazi-Funktionär“ gehören würde, nimmt die Gewaltbereitschaft deutlich zu und viele revidieren ihre ursprüngliche Position. Die Ablehnung von Gewalt ist eher situationsbezogen als grundsätzlich, da sich die Teilnehmer Situationen vorstellen können, in denen sie Sachbeschädigung nicht ablehnen würden. Nach einer individuellen Involvierung in Straftatbestände wird im Interview nicht gefragt. Manche schildern hingegen freiwillig Situationen bei Demonstrationen (meist gegen Rechtsextremismus), bei denen es gewaltsame Auseinandersetzungen gab. Besonders bei denjenigen, die Kontakte zur Antifa-Szene haben, gibt es Erfahrungen mit Demonstrationen, bei denen es zu politischer Gewalt kam.

Generell argumentieren fast alle Teilnehmer nach einem ähnlichen Muster: Bei Sachbeschädigungen sollte zum einen immer ein Verletzungsrisiko „Unschuldiger“ ausgeschlossen, zum anderen das Ziel bewusst gewählt sein. Im Falle der Autos sollte natürlich nicht das Auto des armen Hartz-IV-Empfängers, sondern z. B. das Auto eines Rechtsextremisten brennen. Andere Teilnehmer sehen in brennenden Autos ein geringeres Problem, da die Versicherung für den Schaden aufkomme und der Betroffene daher keine Probleme habe.

- *„Vielleicht schadet es (zerstörtes Auto) einer Familie mit drei Kindern.“*
- *„Wenn ein Porsche Cayenne abgefackelt wird, zahlt die Versicherung. Hat für den Betroffenen keine Auswirkung.“*
- *„Man kann Gewalt nicht verübeln.“*
- *„Zeichen gegen reiche Menschen. Schadet keiner Person. Auto ist ja versichert.“*

Ähnlich verhält es sich auch bei den Äußerungen zu einem Bild, das einen Anschlag auf eine McDonalds-Filiale zeigt: Wenn keine Personen zu Schaden kämen, sympathisieren viele Teilnehmer mit der Tat. McDonalds wird als Symbol des Kapitalismus und der Gentrifizierung wahrgenommen. Auch beim „Schottern“ (also der Behinderung des Schienenverkehrs durch Abtragen des Gleisbettes) sind die Ansichten ambivalent. Als politische Handlung des Protestes wird es von einigen Teilnehmern akzeptiert, aber nur dann, wenn es nicht zum Entgleisen eines Zuges kommen kann.² Sitzblockaden³ stoßen bei denjenigen, die diese Form der unkonventionellen Beteiligung erwähnen, auf Zustimmung.

Einige argumentieren bei der Ablehnung von Gewalt instrumentell. Es wird danach differenziert, ob politische Gewalt den eigenen Zielen nützt oder nicht. Wenn mit militanten Mitteln demonstriert werde, könne es medial sein, dass das Anliegen dadurch untergehe oder das Demonstrationsziel in einem schlechten Licht erscheine. Gewalt wird so eher aus taktischen Gesichtspunkten abgelehnt. Die militante Gewalt innerhalb der linksextremen Szene stößt aufgrund der sichtbaren Zerstörungswut, die keinen weiteren politischen Zweck verfolgt, eher nicht auf Gegenliebe.

- *„Gewalt bekämpft nicht die Ursache der Krankheit, sondern die Symptome.“*
- *„McDonalds kann man theoretisch mit einer Revolution bekämpfen, praktisch gibt es immer Leute, die Geld haben.“*

- *„Hat sich aus Verzweiflung und Wut für radikalen Weg entschieden. Hat richtigen Gedanken, aber kein anderer Weg steht mehr offen.“*
- *„Ich gehe öfter mal auf Demos, aber nie Black Block. Ist zu assi.“*
- *„Ich habe mich geändert. Ist jugendlicher Leichtsinn.“*

Gewalt wird auch als Symbol des Sich-Wehrens, des Widerstands, interpretiert. Einige haben in diesem Kontext rational die Logik von Gewalt und Gegengewalt durchgespielt, wobei sich die Gegengewalt sowohl gegen den Staat als auch gegen Demonstranten richten kann. Das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt wird als Reaktion oder Aktion auf das Verhalten anderer Demonstranten (meist Rechtsextremisten) bzw. der Polizei beschrieben. Meistens wird von Eskalationsschwellen berichtet. Dabei wird auch der eigenen Gruppe/Demonstration attestiert, zur Gewaltspirale beizutragen. In den Fällen, bei denen auch Gewalt gegen Personen nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird, läuft die Begründung fast immer auf die als legitim wahrgenommene physische Bekämpfung des Rechtsextremismus hinaus. Der dominante anti-rechtsextreme Grundkonsens bei allen Befragten führt zu einer Gewaltakzeptanz. Die Abwägung der Legitimität von Gewalt erfolgt häufig auf einer instrumentellen Ebene. Es wird reflektiert, ob die politischen Ziele mit Gewalt erreichbar seien oder nicht.

- *„Der schwarze Block fängt mit der Gewalt an. Stein auf Nazis ist okay. Wenn er getroffen wird, ist er selbst dran Schuld.“*
- *„Die Verteidigung mit Gewalt gegen Nazis ist legitim.“*
- *„Rechte provozieren sehr gern, Linke lassen sich drauf ein.“*
- *„Szene macht häufig gegen falsche Ziele Anschläge, da wo sie eigentlich Sympathie brauchen.“*
- (brennende Autos): *„Macht schlechte Schlagzeile für Menschen, die eigentlich eine bessere Welt wollen.“*
- (brennende Autos): *„Würde nur Vorurteile gegen sich bestätigen. Sinnvolle Argumente dringen nicht durch.“*

Trotz der hohen Gewaltbereitschaft gegenüber Personen, die dem rechtsextremen Umfeld zugeordnet werden, sind die Urteile gegenüber Polizeieinsätzen bei Demonstrationen heterogen. Gleichmaßen wird der Polizei vorgeworfen, unverhältnismäßig stark gegen Demonstranten vorzugehen (Stichwort staatliche Repression), wie auch akzeptiert wird, dass sie „nur“ ihrer Aufgabe nachkommen. Es ist davon auszugehen, dass die meisten genau wissen, wie die Polizei eingreifen darf. So äußert z. B. ein

Teilnehmer im Zusammenhang mit der Räumung besetzter Häuser: „Die (Polizisten) dürfen einen rausschleppen. Festketten ist okay. Die müssen einen immer schön wegtragen.“ Insgesamt zeigt sich eine Äquidistanz in der Beurteilung der Verhaltensmuster von Demonstranten und Polizisten.

- „Nicht alle Polizisten sind Bastarde.“
- „Ich sage nicht, der Polizist ist ein Schwein, aber wenn etwas passiert, wird Gewalt von Polizisten nicht aufgeklärt.“
- „Wenn die Polizisten drei Tage am Stück auf der Arbeit sind, kann es auch mal eskalieren.“
- „Da gibt es eine Spontidemo mit 20 Leuten und 100 Polizisten und vier Wasserwerfern. Bei der Repression kann man keine freie Meinung wiedergeben. Nur weil die wollen, dass wir nicht auf die Straße gehen (beim Schanzenfest), wird Reizgas eingesetzt.“

Das staatliche Gewaltmonopol wird hingegen von keinem Teilnehmer angesprochen. Eine grundsätzliche Reflexion über die Legitimität von Gewalt tritt in den Interviews nicht in Erscheinung.

- 1| Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Heike Buhse, Joachim Liebe-Freund, Kurt Müller, Joachim Ritz, Helmut Siller, Johannes und Gertrud Vossen, 1992, *Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim/ München.
- 2| Zum Schottern wird nur von einigen Teilnehmern Bezug genommen, da kein Stimulus gegeben wurde.
- 3| Zu Sitzblockaden gibt es ebenfalls keinen Stimulus.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE PRÄVENTIONSARBEIT

Im Feld des Rechtsextremismus kann man von einem breiten Forschungsstand in der Präventionsarbeit ausgehen.¹ Ein Überblick über die konkreten Präventionsprojekte ist fast unmöglich, so umfangreich und vielfältig sind die Maßnahmen.² Für den Linksextremismus ist Vergleichbares bestenfalls rar (z. B. Bildungsangebote von politischen Stiftungen). Zudem mangelt es an solidem Wissen über die Wirksamkeit. Wissenschaftliche Grundlagenforschung ist nach wie vor ein großes Desiderat. Eine einfache Übertragung der Ergebnisse aus der Rechtsextremismusforschung auf die Linksextremismusforschung scheint problematisch, da letztere nicht auf einer intensiven Forschung aufbauen kann und somit Gefahr läuft, die falschen Instrumente einzusetzen. Ob man beispielsweise in der linksextremen Szene mit Aussteigerprogrammen einen ähnlichen Erfolg erreichen kann wie in der rechtsextremen Szene, scheint allein schon aufgrund der unterschiedlichen Gesprächsbereitschaft der Akteure mit zivilgesellschaftlichen oder staatlichen Organisationen zweifelhaft.

Einige grundsätzliche Elemente dürften jedoch auch für die Linksextremismusprävention gelten. Mit ihren fünf Handlungsempfehlungen zur Prävention im Rechtsextremismus entwickelt die Bertelsmann Stiftung einen Rahmen für erfolgreiche Prävention, der jenseits konkreter extremistischer Inhalte sinnvoll ist. So soll die Prävention früh einsetzen, um

positive soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit und ein angemessenes Selbstwertgefühl bereits in Kindertagesstätten und Grundschulen zu fördern, da problematische Entwicklungsprozesse sehr früh in der Biographie beginnen. Aufgrund der Unterschiede der Kinder in ihrem Temperament, ihrem Familienhintergrund und ihren emotionalen, kognitiven und sozialen Kompetenzen müssen präventive Maßnahmen individuell zugeschnitten werden, statt sich nur kollektiv an Gruppen zu wenden. Die interdisziplinäre Forschung hat gezeigt, wie stark das kognitive Lernen von Emotionen abhängig ist und dass extreme Emotionen in der Kindheit spätere Gewaltneigungen und Ideologieübernahmen anfeuern. Daher sollten Kognition und Emotion ausgewogener als bisher angesprochen werden. Einmalige und kurzfristige Programme sind meist relativ wirkungslos. Langfristige und verschiedene Methoden kombinierende Programme sind effizienter und nachhaltiger. Zudem rät die Bertelsmann Stiftung zur Evaluation, damit die Unzahl von Praxisprogrammen einer soliden, wissenschaftlichen Basis unterliegen. Sie kritisiert die Praxis der Programme, die mit oft unzureichend ausgebildetem Personal, auf unzureichender wissenschaftlicher Basis und in zu kurzer Zeit durchgeführt werden.³

In die gleiche Richtung geht eine Forderung von Möller und Schubarth: „Frühe Toleranzförderung und menschenrechtspädagogische Ansätze bedürfen einer dauerhaften und systematischen Verankerung im Bildungssystem. Dies bedeutet, dass die Bildungspolitik strukturelle Rahmenbedingungen schaffen und konzeptionelle Leitlinien vorgeben muss, die über kurzfristig angelegte Aktionen, Projekte und Programme hinausgehen. Dazu gehört eine angemessene Evaluation derzeitiger Maßnahmen und Programme, die sich auch auf die pädagogische Kinder- und Jugendarbeit im außerschulischen Raum erstrecken muss.“⁴

In dieser Studie soll ein erster Beitrag zur Klärung der Frage geleistet werden, welche Einstellungsmuster bei für Linksextremismus affinen Personen vorhanden sind und an welche inhaltlichen Voraussetzungen Präventionsarbeit anknüpfen kann. Die Ergebnisse widersprechen in weiten Teilen gängigen Befunden der Linksextremismusforschung: Vor allem in Bezug auf die weitgehende Ideologiefreiheit bzw. die ausgeprägte Neigung zu Patchworkideologien der Befragten. Die Ursache hierfür liegt auf der Hand: Die Teilnehmer wurden nach affinen Einstellungsmustern rekrutiert und nicht nach geschlossenen Weltanschauungen und organisatorischer Anbindung. Dies ergibt sich zwingend aus dem

Forschungsdesign. Für Präventionsarbeit zugänglich sind Personen, die weder bereits im engeren Sinne einer extremistischen Organisation angehören noch über ein schon völlig verfestigtes Weltbild verfügen. Damit rücken diejenigen in den Fokus, die potentiell aufgrund ihrer politischen Ansichten ansprechbar sind. Sie können bereits Kontakte in extremistische Milieus oder Szenen haben und gelegentlich für Aktionen mobilisierbar sein, ohne dass ein gefestigtes Weltbild vorhanden sein muss. Je weniger verdichtet linksextremistische Einstellungsmuster sind, desto eher können Prädispositionen für potentielle Radikalisierungsprozesse durch eine Stärkung demokratischer Kompetenzen aufgefangen werden. Die Forschung konzentriert sich hingegen auf linksextremistische Organisationen, Personen und Inhalte. Sie trägt damit zwar zur Erkenntnis bei, doch sind z. B. Vorsitzende stalinistischer, maoistischer oder trotzkistischer Parteien wohl nur schwer als Zielgruppe für Präventionsarbeit vorstellbar.

In der Studie wurde untersucht, inwieweit bei den Gesprächsteilnehmern eine Ablehnung der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates, Fanatismus, Dogmatismus, Antipluralismus, Absolutheitsansprüche, Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien zu finden ist. Es ging darum, Verdichtungen und Brüche in der Einstellungsstruktur sichtbar zu machen, welche als Einfallstor für linksextremistische Erklärungsmuster dienen könnten. Ein Großteil der hier vorgestellten deskriptiven Befunde ist nicht im Sinne der Definition von Extremismus zu interpretieren. Weder der Sozialromantizismus noch die Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, dem Wirtschafts- und Sozialsystem oder auch zu anderen Themen (Gentrifizierung) sind einem extremistischen Kontext klar zuzuordnen. Es gibt jedoch Überschneidungen zu klassischen Themenfeldern und Inhalten von Linksextremisten. Aufgrund der Sensibilität der Befragten für diese Themen besteht die Gefahr, dass sie sich linksextremistischen Interpretationen öffnen.

Wie bei der Rechtsextremismusprävention sollte auch bei der Linksextremismusprävention die Förderung demokratischer Kompetenzen und Einstellungen an zentraler Stelle stehen. Im Ergebnis sollte eine Verinnerlichung demokratischer Wertesysteme erfolgen. Dies gilt besonders für die Themenfelder „Menschenrechte“ („Menschenbilder“), „Pluralismus“, „demokratische Spielregeln“ sowie „demokratische Institutionen und Verfahren“. Bei der Linksextremismusprävention könnten die Vor- und Nachteile der repräsentativen und der direkten Demokratie sowie

identitärer Demokratietheorien gleichermaßen behandelt werden. Überdies sollte der Umstand der konfligierenden und auf einem Interessenausgleich beruhenden Dimensionen von Freiheit und Gleichheit in der Präventionsarbeit Beachtung finden. Gleiches gilt für die Rolle und Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols zur friedlichen Konfliktregelung.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nimmt für viele Befragte eine zentrale Funktion ein, auf deren Basis sie Gewalt sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen rechtfertigen (Aktivismus/Fanatizismus). In diesem Themenfeld werden einige strukturelle Dimensionen der Extremismustheorie erfüllt. Auf der Basis von Freund-Feind-Stereotypen bilden sich antipluralistische Einstellungen, welche dem Verständnis von universellen Menschenrechten sowie der Menschenwürde widersprechen. Die Präventionsarbeit könnte hier den Gedanken der wehrhaften Demokratie in den Vordergrund rücken. Didaktisch wäre die Frage in den Mittelpunkt zu stellen, wie Demokratien ihren Bestand sichern können, damit sich die Freiheitsrechte nicht gegen die Demokratie richten, nach dem Diktum Böckenfördes: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“⁵ Im Speziellen könnte diskutiert werden, wie eine Demokratie z. B. gegen Extremismus vorgehen kann, wo die demokratischen und rechtsstaatlichen Grenzen bei der Bekämpfung des Extremismus liegen und welche Rechte für alle Menschen, auch für Extremisten, unverbrüchlich gelten sollten.

Einige Teilnehmer reklamieren für sich und für diejenigen, die für die gleichen Ziele eintreten, die Anwendung von Gewalt, um politische Ergebnisse zu erreichen. Dies wird in erster Linie bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus akzeptiert und legitimiert. In zweiter Linie wird Gewalt toleriert, die sich im weitesten Sinne gegen das Wirtschaftssystem (den „Kapitalismus“) richtet. Die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, sinkt dann, wenn die Befragten den Eindruck haben, es diene einem guten Zweck (z. B. dem Kampf gegen Rechtsextremismus). Dann sind sie bereit, fundamentale Menschenrechte, wie die Unversehrbarkeit der Person oder die Einschränkung von Freiheitsrechten, in Frage zu stellen. Daher sollte auch die Auseinandersetzung um demokratische Mittel, mit denen politische Ziele verfolgt werden können, in die Präventionsarbeit einfließen. Gleichermäßen erscheint eine kritische Auseinandersetzung mit dem im linksextremen Umfeld angesiedelten Antifaschismus notwendig, da vor allem (aber nicht aus-

schließlich) bei den Teilnehmern, die in dieser Szene (gelegentlich) aktiv sind, auch eine gesteigerte Gewaltbereitschaft vorhanden ist.

Verschwörungstheorien insbesondere um den 11. September 2001 und die „anonymen kapitalistischen“ Kräfte sind weit verbreitet. Darüber hinaus finden sich Versatzstücke aus dem Arsenal der klassischen Verschwörungstheorien, nach denen Staaten von einem geheimen Zentrum gelenkt und die Menschen manipuliert werden.⁶ In der politischen Bildung könnten diese Themen einen stärkeren Niederschlag finden. Zentral sind hierbei folgende Fragen: Was sind Verschwörungstheorien? Wie entstehen sie? Wer verbreitet sie zu welchem Zweck? Wie kann man sie argumentativ/wissenschaftlich widerlegen/dekonstruieren?

Eine auf ideologischen Prämissen aufbauende Verfestigung von Absolutheitsansprüchen sowie eine Neigung zum Utopismus finden sich in den Interviews nur bedingt. Daher erscheint es auf den ersten Blick nicht zwingend, hier verstärkt Anstrengungen in der Präventionsarbeit zu unternehmen. Doch ist aufgrund der starken Ambivalenzen und Unsicherheiten nicht auszuschließen, dass eine Anfälligkeit für extremistische Theorien vorhanden ist. Dass dies derzeit nicht messbar ist, könnte darauf zurückzuführen sein, dass viele Teilnehmer anscheinend keinen engeren persönlichen Kontakt zu Personen hatten, die solche Theorien verbreiten. Zumindest wird bis auf wenige Ausnahmen keine Person genannt, deren Meinung den Gesprächspartnern wichtig ist, die als theoretisches Leitbild fungieren könnte. Daher sollte die Auseinandersetzung mit den „ewigen Wahrheiten“ extremistischer Überzeugungssysteme zumindest einen Teil der Präventionsarbeit ausmachen. Die Teilnehmer akzeptieren zwar die Verfahrensregeln der Demokratie, kritisieren jedoch, dass diese Verfahren nicht zum „richtigen, wahren“ Ergebnis führen. Gleichermäßen ist kein positives, im demokratischen Sinne gefestigtes und wertegebundenes Abwehrbild von Extremismus verankert. Eine Begrenzung auf eine kritische Auseinandersetzung klassischer Theorien sollte nicht erfolgen. Vielmehr geht es um die Abgrenzung von Demokratien zu Diktaturen und deren Herrschaftslegitimation (Wie rechtfertigen Diktatoren ihre Macht? Welchen Leitideen folgt die freiheitliche Demokratie?). Auf dieser Ebene sollte auch weiterhin die DDR behandelt werden. Hier wäre es sinnvoll, die vermeintlichen sozialen „Errungenschaften“ genauer unter die Lupe zu nehmen und die bereits vorhandene Abneigung gegenüber Diktaturen zu verfestigen.

Systemalternativen bestimmen nicht das Denken der Teilnehmer. Trotz massiver Kritik, vor allem am Sozial- und Wirtschaftssystem, wird die Demokratie per se nicht abgelehnt. Die Dimension des Utopismus ist fast nicht vorhanden, vielmehr zeigt sich eine Akzeptanz dessen, was ist. Dies korrespondiert mit dem Menschenbild der Gesprächspartner, die nicht dem Glauben anhängen, man könne den perfekten „neuen Menschen“ schaffen. Allerdings sind die Meinungsbilder der Befragten inkonsistent. Daher ist nicht auszuschließen, dass sie eine Anfälligkeit gegenüber geschlossenen extremistischen Weltbildern entwickeln.

Rechercharbeit zu den Präventionsprojekten im Bereich des Rechtsextremismus zusammengestellt von Kerstin Obermoser.

- 1| Vgl. Eva Feldmann-Wojtachnia (Hrsg.), 2008, *Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit. Seminarbausteine zur bewussten Auseinandersetzung mit Identität und Toleranz* Schwalbach; Hauke Hartmann, Britta Schellenberg, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus – Ergebnisse und Handlungsfelder*, in: Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg, Michael Seberich, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2 – Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Gütersloh, S. 25; Klaus Kandt, 2007, *Polizeiliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus in Brandenburg. Erfahrungen aus der Praxis*, in: Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann, 2007, *Rechtsextremismus in Brandenburg – Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*, 1. Auflage, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin, S. 231 ff.; Sigrid Meinhold-Henschel, Martin Biebricher, 2005, *Stärken stärken – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen*, in: *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2 – Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Gütersloh, S. 80 ff.; Kurt Möller, Wilfried Schubarth, 2005, *Perspektiven für das Erlernen demokratischer Toleranz in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung*, in: Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg, Michael Seberich, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2 – Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Gütersloh, S. 62 ff.; Walter Pichler, 2010, *Prävention Rechtsextremismus durch eine schulische Präventionsarbeit*, Pädagogisches Institut für die deutsche Sprachgruppe, S. 34; Peter Rieker, 2009, *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention – Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf*, Weinheim, München; Klaus Wahl, Martina Ottinger-Gaßebner, Corinna Kleinert, Suzann-Viola Renninger, *Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz*, in: Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus Band 1 Ergebnisse der Recherche*, Gütersloh.
- 2| Vgl. <http://www.entimon.de>; <http://www.kriminalpraevention.de>; <http://www.Xenos-de.de>; <http://jugendstiftung-CIVITAS.org>; <http://www.dji.de>, vom 20.03.2011.; <http://www.mucke-gegen-rechts.de>; <http://www.bnr.de>; <http://www.netz-gegen-nazis.de>; <http://www.endstation-rechts.de>; <http://www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de>; <http://www.jugendstiftung.org>, vom 28.03.2011; <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de>;

- <http://www.recht-gegen-rechts.de>; <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>; <http://www.lautgegennazis.de>; <http://www.buendnis-toleranz.de>; <http://www.arug.de>; <http://www.oz-gegen-rechts.de>; <http://www.lka.niedersachsen.de/praegerex>; <http://www.jugendinfo-gegen-rechts.de>; <http://www.komplex-rlp.de>; vom 04.04.2011; <http://www.mbr-berlin.de>; <http://www.stimmegenrechts.de>; <http://www.muslimegegenrechts.de>; <http://www.bamberg-gegen-rechtsextremismus.de>; <http://www.gegenrassismus.de>; <http://www.wuppertal-gegen-rechts.de>; <http://www.mahnung-gegen-rechts.de>; <http://www.hyperlinks-gegen-rechts.de>; <http://www.meineSPD.net>; <http://www.gesichtzeigen.de>; <http://www.aktion-gegen-rechts.de>; <http://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de>; <http://www.bpb.de>, vom 06.04.2011; <http://www.antifa-saar.de.vu>; <http://www.antifakok.de>; <http://www.antifa.net>; <http://www.antifa-frankfurt.org>; <http://www.antifa.vvn-bda.de>; <http://www.antifa-gaming.de>; <http://de.indymedia.org/antifa/>; <http://www.antifa.de>; <http://www.zusammegenrechts.de>; <http://www.kirchegegenrechts.de>; <http://www.netzwerk-gegen-rechts.org>, vom 07.04.2011; <http://www.dresden-nazifrei.com>; <http://www.hilchenbacher-buendnis.de/rockgegenrechts.htm>; <http://www.muenster-gegen-nazis.de>; <http://www.buendnis-gegen-rechts.net>; <http://www.gera-nazifrei.com/cms/>; <http://www.aktiv-gegen-nazis.org>; <http://www.meine-stimme-gegen-nazis.de>; <http://deine-stimme-gegen-nazis.de>; <http://www.nazis-raus-aus-dem-internet.de>; <http://www.keinbockaufnazis.de>; <http://www.linksjugend-solid-nrw.de>; <http://www.free-blog.in/faschoblog>; <http://gdmob2011.blogspot.de>; <http://www.antifa-freiburg.de>; <http://www.antifa-kiel.org>; <http://akantifaac.blogspot.de>; <http://antifahaltern.wordpress.com>; <http://antifameran.blogspot.com>; <http://www.antifa-pberg.de/cms>; <http://www.no-racism.de>; <http://trier.blogspot.eu>; <http://www.antifa-west.org>; <http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/>; <http://www.antifa-camp.de>; <http://dresden1302.noblogs.org>; <http://www.antifa-neukoelln.net>; <http://frankfurt.umsganze.de>; <http://www.akantifa-mannheim.de>; <http://www.antifa-cottbus.de>; <http://antifahamburg.blogspot.de>; <http://www.antifa-hannover.de>; <http://www.antifa-ak.de>; <http://jpberlin.de/antifahsh>; <http://www.antifainfo.de>; <http://www.antifa-fh.de.vu>, vom 08.04.2011; <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de>; <http://www.bertelsmann-stiftung.de>; <http://www.bzga.de>; <http://www.bmfsfj.de>; <http://www.raa-brandenburg.de>; <http://www.polizei-beratung.de>; <http://www.sachsen-anhalt.de>; <http://www.kz-denk-neckarelz.de>; <https://www.weisser-ring.de>; vom 28.03.2011 haben Projekte zum Thema Rechtsextremismus
- 3| Zitiert nach Klaus Wahl, Martina Ottinger-Gaßebner, Corinna Kleinert, Suzann-Viola Renninger, *Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz*, in: Bertelsmann Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus Band 1 Ergebnisse der Recherche*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 66 f.
- 4| Vgl. Kurt Möller, Wilfried Schubarth, 2005, in: Kurt Möller, Wilfried Schubarth, 2005, *Perspektiven für das Erlernen demokratischer Toleranz in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung*, in: Viola B. Georgi, Hauke Hartmann, Britta Schellenberg, Michael Seberich, 2005, *Strategien gegen Rechtsextremismus, Band 2 – Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 62 ff.
- 5| Ernst Wolfgang Böckenförde, 1976, *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Frankfurt, S. 60.
- 6| Zum Beispiel auch die Protokolle der Weisen von Zion, der Orden der Illuminati, Dolchstoßlegende, Trotzki's Verschwörung, Finanzierung der NSDAP durch die Großindustrie, die Leugnung des Holocaust oder die Ermordung Kennedys bis hin zur Mondlandung, Erfindung von AIDS durch die CIA.

DIE AUTORIN

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung und seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*